

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 6/16. Jahrgang

23. März 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Bonner Amtshilfe für Ankaras Terror

Türkische Armee fällt in Südkurdistan ein

Mit Truppen in der Stärke von 35000 Mann ist die türkische Armee erneut in das (irakische) Süd-Kurdistan eingefallen. Presseberichte sprechen von hunderten von Festnahmen von Kurden schon in den ersten Stunden der Aggression. Kurdische Dörfer werden aus der Luft bombardiert. Das türkische Regime ist offenkundig weiter bestrebt, die kurdische Befreiungsbewegung mit allen ihm zur Verfügung stehenden militärischen Gewaltmitteln niederzuschlagen.

Die neuerliche türkische Aggression gegen die angebliche kurdische „Schutzzone“ fällt nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich zusammen mit der Aufhebung des Abschiebestopps durch Kanther und Beckstein und dem Beschluß der EU-Außenminister zur Bildung der „Zollunion“ zwischen EU und Türkei. Das türkische Regime ist in einer schweren Krise. Die Massaker der Sicherheitskräfte in den Armenvierteln von Istanbul sind nur ein Anzeichen, daß das Militär und seine zivilen Politiker am Ende sind. Ihr reaktionäres Gesellschaftssystem — in manchen Zügen dem früheren preußischen Junker- und Militär-Regime vergleichbar — bietet keine Entwicklungsperspektive mehr — weder für die türkische, noch für die kurdische Bevölkerung.

Und von einem militärischen Sieg ge-

gen die kurdische Guerilla ist das türkische Militär weiter entfernt denn je. Allein seit Anfang März sind wieder über 250 türkische Soldaten durch Angriffe der kurdischen Guerilla gefallen.

Die deutsche Innen- und Außenpolitik fürchtet den Sturz des Regimes in der Türkei. Deshalb die immer breitflächigere Kurdenverfolgung, deshalb die immer zügellosere Hetze gegen die kurdische Exilbevölkerung und die PKK.

Dabei wird die Welle von Anschlägen gegen türkische Reisebüros in der BRD selbst in Sicherheitskreisen zumeist nicht der PKK zugeschrieben. Tatsächlich spricht vieles dafür, daß hier türkische und kurdische Jugendliche, die außerhalb der organisierten kurdischen Vereine operieren, ihren Protest gegen das türkische Regime artikulieren. Daß in diesen weitgehend ungeordneten politischen „Zusammenhängen“ auch Provokateure jeder Art, vor allem der türkische Geheimdienst, leichtes Spiel haben, liegt auf der Hand. Minister Kanther erntet hier, was er gemeinsam mit Kinkel gesät hat: Die Illegalisierung der kurdischen Strukturen treibt die türkische und kurdische Jugend förmlich in den Untergrund, raubt ihr jede legale Möglichkeit des Protests.

In dieser komplizierten Situation ist die Bildung des kurdischen Exilparlaments eine große politische Leistung.



Die kurdische Bewegung schafft sich damit neuerlich politische Sprecher, reorganisiert sich und unterstreicht zugleich ihre Bereitschaft zu einer politischen Lösung. Und bevor die von den EU-Außenministern geplante Zollunion mit der Türkei in Kraft tritt, muß das Europaparlament zustimmen. Wie man hört, ist dort eine Entscheidung im September zu erwarten — vorher gibt es kein EU-Geld für das türkische Regime. Auch das schafft der kurdischen Opposition Zeit, ihre Bemühungen um eine politische Lösung zu verstärken.

Leider stehen ihr auf Seiten der deutschen Exekutive Politiker vom Schlage eines Kinkel und Kanther gegenüber, die völlig bedenkenlos agieren, die — assistiert von einer zunehmend enthemmten Kampfpresse — Polizei und Justiz für eine breitflächige Kurdenverfolgung und -abschiebung gleichzuschalten versuchen und die bis zum September auch versuchen werden, die anderen EU-Staaten auf die Stützung des Regimes in Ankara einzuschwören. Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht für die Kurden? Nicht mit dieser Bonner Regierung! — (rül)

Bilder oben und unten: Fast 50 000 Aleviten demonstrierten am 18. März in Köln gegen die Politik des türkischen Regimes und die Massaker des Regimes in den Armenvierteln von Istanbul.



ÖTV fordert 6 Prozent mit sozialer Orientierung

Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst wird schwierig / Kommunen werden ausgetrocknet

Nach einer ungewöhnlich ausführlichen Diskussion hat die Große Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft ÖTV die Forderung für die Tarifbewegung 1995 beschlossen. Die über 40 Diskussionsredner bezogen überwiegend zu der Struktur der Forderung Stellung.

Vielen war die Formulierung im Antrag des Hauptvorstandes zu unbestimmt, daß die 6%-Forderung eine „soziale Orientierung“ haben solle. Ein entsprechender Antrag, einen Mindestbetrag in Mark und Pfennig zu beziffern, erhielt allerdings nur 43 Stimmen von insgesamt 198 stimmberechtigten Mitgliedern der GTK.

Trotzdem sind durch die ausführliche Diskussion gute Voraussetzungen geschaffen, daß die Verhandlungskommission im weiteren Verlauf der Tarifaufeinandersetzung die Interessen der Bezieher kleiner und mittlerer Einkom-

men nicht einfach unter den Teppich kehren kann.

Im Zentrum des Forderungskatalogs sowohl der DAG wie der ÖTV steht auch die Einführung einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die 1,15 Millionen Beschäftigten in den östlichen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Daß ÖTV und DAG gemeinsam verhandeln, ist für den öffentlichen Dienst übrigens ein Novum dieser Tarifbewegung. 20 Jahre lang hatte es die ÖTV abgelehnt, mit der DAG gemeinsam zu verhandeln. Es ist zu hoffen, daß dadurch die Frontstellung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber den öffentlichen Dienstherren gestärkt wird. Das ist dringend notwendig.

Nicht anders als die Metallkapitalisten haben die öffentlichen Dienstherren im Vorfeld der Tarifaufeinandersetzung als erstes Kostenentlastung gefor-

dert. In parallel laufenden Manteltarifverhandlungen versuchen die öffentlichen Arbeitgeber, die tariflichen Regelungen zur Entgeltfortzahlung auf die gesetzlichen Mindestbestimmungen des Entgeltfortzahlungsgesetzes zurückzuschrauben. Für Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollen sie Bezahlung unter Tarif durchsetzen. Die für den öffentlichen Dienst spezifischen Einkommensbestandteile aufgrund des Lebens- oder Dienstalters oder entsprechend der Kinderzahl sollen abgebaut werden. Im Gegenzug soll eine leistungsbezogene Entlohnung eingeführt werden, wobei sich natürlich die öffentlichen Arbeitgeber vorbehalten, darüber zu entscheiden, was Leistung ist und was nicht.

Im Ergebnis sollen Elemente der tariflichen Grundsicherung beseitigt und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch ein Prämiensystem zu

treuen Staatsdienern gedungen werden.

Eine Illusion wäre zu glauben, mit dem Metallabschluß sei auch für den öffentlichen Dienst die Vorentscheidung gefallen. Die Finanzminister von NRW und Niedersachsen haben bereits neuerlich die Finanznot der öffentlichen Hand — im Unterschied zur Metallindustrie — beschworen. Als wären nicht gerade sie als Finanzminister dafür verantwortlich, daß der private Reichtum ungezügelt boomt, während die Haushalte insbesondere der Kommunen ausgetrocknet werden.

Die Gemeinden sollen durch ihre katastrophale Finanzlage im Falle eines Streiks in eine Hardliner-Position gedrängt werden. Das würde zu einer schroffen Konfrontation mit den wichtigsten Streikbataillonen der ÖTV führen. Hoffnungen auf einen unkomplizierten Verlauf dieser Tarifaufeinandersetzung sind fehl am Platze. — (kar)

Bundestag zementiert Nuklearwaffenbesitz der Großen

Komitee für Grundrechte und Demokratie protestiert

Mit der Bundestags-Entscheidung vom 16.2.95 hat eine „große Koalition“ von CDU/CSU, FDP und SPD für eine „unbefristete und unkonditionierte“ Verlängerung des 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrags (Nicht-Weiterverbreitungsvertrag/NVV bzw. Non-Proliferation-Treaty/NPT) gestimmt (Bundestags-Drucksache 13/398).

Bei der vom 17.4. bis 12.5.1995 in New York anstehenden Konferenz zur Verlängerung des Vertrages werden sich nach bisherigen Verlautbarungen viele Nicht-Atomwaffen-Staaten weigern, einer schlichten Verlängerung des Vertrages zuzustimmen.

Wie viele Friedensorganisationen in der ganzen Welt fordern sie, den Atomwaffensperrvertrag in eine Konvention zur schrittweisen Abschaffung aller Atomwaffen und deren Ächtung umzuwandeln. Statt den Atomwaffenbesitz der offiziellen Nuklearmächte zu zementieren, gälte es, die Weichen zu der Beseitigung aller Atomwaffen zu stellen.

Die fünf großen Atomkräfte sind ih-

rer Verpflichtung aus Art. VI des Nichtverbreitungsvertrages, eine umfassende Nuklearabrüstung auszuhandeln, bis heute — 25 Jahre nach Abschluß des Sperrvertrages — nicht nachgekommen. In dem Bundestagsbeschluss vom 16.2.95 wird lediglich auf die START-Verträge verwiesen, die jedoch bei weitem keine umfassende Nuklear-Abrüstung zum Ziel haben. Die sonst von Ordnungspolitikern so gerne zitierte Maxime „pacta sunt servanda“, also „Verträge sind einzuhalten“, gilt anscheinend dem Hohen Hause in Bonn nichts, wenn es um die Sicherung des Nuklearwaffenmonopols der Großen geht.

Die Bundesregierung hat sich bisher gegen die von der Friedensbewegung geforderte Konvention zur Abschaffung aller Nuklearwaffen gewandt. Als NATO-Mitglied hat sie sogar — wie im Strategie-Papier von Rom 1991 vereinbart — ihr Festhalten an Nuklearwaffen bestätigt. Damit liegt die Vermutung nahe, daß sich die Bundesregierung einer Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen verweigert, da diese



die NATO-Nuklearstrategie und die nukleare Teilhabe Deutschlands (Atomwaffen und Trägersysteme auf deutschem Boden sowie Mitsprache bei der Strategie- und Zielplanung) in Frage stellen würde.

Mit der Nichterfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung aus dem Sperrvertrag gehen die fünf Atomwaffenmonopolisten USA, Rußland, England, Frankreich und China, die ihre Nuklearwaffen ständig modernisieren, einen gefährlichen, internationale Konflikte provozierenden Weg. Schon heute wird in den USA an einer verschärften „Counter-Proliferation“-Politik gearbeitet, deren Bestandteil auch militärische Interventionen gegen Staaten sein sollen, die sich um eigene Atomwaffen bemühen. Die damit verbundenen Gefahren für die internationale Gemeinschaft liegen auf der Hand.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie fordert Bundestag und Bundesregierung auf, ihre Haltung zum

Atomwaffensperrvertrag zu ändern und — sich für eine internationale Konvention zur Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen;

— in der NATO darauf hinzuwirken, daß diese ihre Nuklearwaffenstrategie aufgibt;

— ihre „nukleare Teilhabe“ im Rahmen der NATO und womöglich der WEU zu beenden;

— alles zu unterlassen und zu unterbinden, was durch Lieferung von Material, Know How oder Produktionsanlagen die Möglichkeiten zur Weiterverbreitung von Atomwaffen befördert.

Nur ein Vertragswerk, das die Atomkräfte einbezieht und auf die vollständige Beseitigung der die Menschheit bedrohenden Atomwaffen gerichtet ist, ist friedens- und zukunftssträchtig.

gez. Prof. Dr. Andreas Buro/Andreas Singe, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstr. 40, 50672 Köln

AKTUELL IN BONN

Spitzenreiter bei Nacharbeit

1992 lagen deutschen Unternehmen in der europäischen „Spitze“ bei der Nacht- und Schichtarbeit. Das hat eine Untersuchung des DGB ergeben, die Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union von 1992, d.h. von vor zwei Jahren, auswertet. Danach waren in diesem Jahr in der BRD bereits 9,1% aller Industriebeschäftigten in Nacharbeit beschäftigt — in der gesamten EU dagegen mußten nur 6% der Industriebeschäftigten Nacharbeit leisten. Lediglich in Luxemburg, (hier hat die Stahlindustrie einen extrem hohen Anteil der Industriebeschäftigten) lag der Anteil der in Nacharbeit angestellten Personen höher (10,3%). Auch bei der Schichtarbeit gehört die BRD zur „EU-Spitzengruppe“, mit einem Anteil von 15,7% der Industriebeschäftigten liegt sie über dem EU-Durchschnitt (14,7%).

Kaliningrad

Das russische Außenministerium hat sich wegen Aktivitäten von Probst Kurt Beyer aus Kaliningrad an die Deutsche Botschaft in Moskau gewandt. Beyer wird von russischer Seite vorgeworfen, er betreibe deutsche nationale Stimmungsmache und werbe Rußlanddeutsche aus Kasachstan zur Ansiedlung im nördlichen Teil des ehemaligen Ostpreußens an. Bonn wollte nicht bestätigen, daß Moskau die Abberufung des Probstes gefordert habe und daß dies seitens der Bundesregierung und der Evangelischen Kirchenleitung abgelehnt worden sei. Zwischen Bonn und Moskau seien „vertrauliche Gespräche“ in dieser Angelegenheit geführt worden.

Sudetenfrage für Kinkel offen?

Vaclav Havel, Präsident der Tschechischen Republik, hatte am 15. Februar in einer Rede u.a. von einer „Sprachlosigkeit“ zwischen Bonn und Prag und

einem „Stillstand der Beziehungen“ gesprochen. Als Ursache hierfür sah er u.a. die Weigerung Bonns, ein bedingungsloses Ja zu Entschädigung und Wiedergutmachung der Opfer des NS-Staats in Tschechien während der Besetzung 1938-1945 auszusprechen. Havel nannte erneut die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach 1945 ein „Unrecht“, lehnte jedoch Forderungen nach Entschädigung für Sudetendeutsche in welcher Form auch immer als absurd ab.

In einer Plenardebatte im Bundestag sagte Außenminister Kinkel in seiner Regierungserklärung, er sei „enttäuscht“ von „manchem in der Rede Vaclav Havel“. Es habe ihn „betroffen gemacht“, daß jüngst das tschechische Verfassungsgericht das sogenannte Benes-Dekret (Rechtsgrundlage für die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung) bestätigt hatte. Zumindest indirekt machte sich Kinkel zum Anwalt der Sudetendeutschen Landsmannschaft und deren Forderungen nach Rückkehr ins Sudetenland und nach Rückgabe früheren Eigentums, als er proklamierte: Die Prager Regierung solle die Sudetendeutschen als „frühere Landsleute“ anerkennen, die, wenn sie wollten, auch wieder Landsleute werden könnten. Für seine Stellungnahme erhielt Kinkel das Lob des Berufsverbienpolitikers Hartmut Koschyk (CSU).

Militärische Raumfahrt

Noch im März will die Bundesregierung über einen groß angelegten Einstieg in die militärische Raumfahrt entscheiden. Zunächst geht es um einen Radar-satelliten („Osiris“). Er soll auch nachts und bei Wolkenbildung in der Lage sein, Lastwagen, Panzer, Flugzeuge, Truppenkonzentrationen auszuspähen. Die Kosten für den Satelliten würden bei 4,5 Milliarden Mark liegen, wovon die deutschen Steuerzahler mehr als die

Hälfte zu tragen hätten. Es liegt auch bereits eine Studie von Dasa-Dornier für ein europäisches Satellitensystem vor. Die Daimler-Töchter errechneten, daß ein solches System rund 25 Milliarden Mark kosten würde. Ein Teil dieser Planungen läuft auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit hinaus, ein Teil soll im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) erfolgen.

Militärseelsorge

Rund 100 Millionen Mark zahlt Bonn derzeit für die Militärseelsorge. Am 13. März wurde der neue „Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr“, der Militärgeneraldekan Erhard Knauer, mit Bundeswehr-Pauken und Trompeten in sein Amt eingeführt. In den Reden, die u.a. von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Michaela Geiger, und dem Mitglied des Führungsstabs der Streitkräfte, Volker Hausbeck, gehalten wurde, kam immer wieder die Rede auf die „neuen Aufgaben der Militärseelsorge“. Angesichts der „immer wahrscheinlicher werdenden UNO-Einsätze“ der Bundeswehr komme es darauf an, „den Bundeswehrsoldaten in Grenzsituationen seelsorgerliche Begleitung zukommen“ zu lassen, so Hausbeck.

125 Jahre Deutsche Bank

Kanzler Kohl lobte als Gastredner das führende deutsche Finanzinstitut bei der Feier zu dessen 125jährigen Jubiläum als Teil der deutschen Geschichte. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, sagte zur jüngeren Bankgeschichte: „Damit die Geschäfte weitergingen, arrangierte man sich. Wir waren nicht gemacht, uns herauszulehnen in schweren Zeiten, oder uns hervorzutun, nicht im Guten und nicht im Bösen.“ Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Regierung im „OMGUS“-Report dokumentiert, daß

die Deutsche Bank eine entscheidende Stütze der NSDAP war und sich führend an der Arisierung von Banken in besetzten Gebieten beteiligt hatte.

Frauen: 50% „Geringverdiener“

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer hat erneut eine drastische Senkung der sogenannten „Geringverdienergrenze“ gefordert. Bei „Geringverdienern“ (derzeit Personen mit Monatseinkommen bis 580 DM brutto) besteht keine Versicherungspflicht, d.h. weder diese selbst noch die Unternehmer zahlen irgendwelche Sozialversicherungen. Frau Engelen-Kefer: Jede zweite abhängig beschäftigte Frau in der Bundesrepublik zahle derzeit keine Sozialversicherungsbeiträge, arbeite also ohne eigenen Sozialversicherungsschutz (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung). Durch eine deutliche Senkung der Freigrenze will die stellvertretende DGB-Vorsitzende den „Anreiz“ für die Unternehmer, Frauen auf solchen Stellen zu beschäftigen, verringern.

Was kommt demnächst?

Am 26. März tritt das Schengener Abkommen in Kraft, damit auch die in diesem Abkommen vereinbarte EU-weite polizeiliche Zusammenarbeit. Am 28. März beginnt der Bundestag seine Schlußberatungen über den Haushalts 1995 der Bundesregierung. Nach Abschluß dieser Beratungen soll am 30. März sogleich die erste Lesung von Waisels „Jahressteuergesetz 1996“ beginnen, inkl. die damit verbundenen neuerlichen Ausweitungen der Umsatzsteuer. Abschließend und ohne weitere Aussprache will der Bundestag an diesem Tage auch die Stellungnahmen von Regierung, PDS und Grünen zum Atomwaffensperrvertrag (siehe auch unseren Artikel auf dieser Seite) verabschieden. Am 14. Mai sind die nächsten Wahlen in NRW und Bremen.

Die Eskalation des Krieges in Ex-Jugoslawien

Von
Angelika Beer

Während in Paris der europäische Stabilitätspakt abgefeiert wird, verschärft sich die Lage in Ex-Jugoslawien wieder. Der offiziell bis Ende April gültige Waffenstillstand in Bosnien-Herzegowina wird mehr und mehr gebrochen. UN-Angaben zufolge bereiten sich die kämpfenden Parteien auf das Ende des Waffenstillstandes vor und haben bereits wieder die Kämpfe aufgenommen. Serbische Truppen haben im Westen Bosniens eine neue Offensive begonnen. Sowohl in Bosnien wie in Kroatien und Serbien setzen die politischen Akteure auf Macht und Kampf.

Tudjman hat sich eine UN-Truppe besorgt, die seinen Bedürfnissen entspricht. Sie ist abgetrennt von UNPROFOR, ist um die Hälfte reduziert und die Teilnehmer sollen Europäer sein, andere allenfalls mit symbolischen Beiträgen vertreten sein. Mit Europäern sind Westeuropäer, also WEU-Staaten gemeint. Sein Ziel: Die Bindung des Westens an seine Politik, die Schaffung von endgültigen Konfrontationslinien.

Wenn sich die Westeuropäer von Tudjman dafür über den Tisch ziehen lassen,

wird eine Einigung mit Rußland, das Serbien unterstützt, immer unwahrscheinlicher.

In Bosnien-Herzegowina hat die politische und die militärische Führung inzwischen die Ebene der konfrontativen Machtpolitik übernommen. Izetbegovic, der zu Beginn des Konflikts eine eher deeskalierende Strategie vertrat, ist heute ein Hard-Liner. Bei seinem Besuch in Bonn erklärte er, daß er einer Verlängerung des Waffenstillstandes nicht zustimmen würde. Der Hintergrund: Es kommen immer mehr Waffen aus Serbien über die Grenze nach Bosnien-Herzegowina. Von der bosnischen Militärführung wird, so der Spiegel, bewußt eine Eskalation angepeilt, um die Serben zu schwächen und die Westeuropäer zum „handeln“ zu zwingen. Unter den heftigen Kämpfen zwischen den bosnischen Truppen und den Truppen der bosnischen Serben hat in erster Linie die Zivilbevölkerung zu leiden.

Milosevic, inzwischen durch die offene Unterstützung durch Rußland wieder gestärkt, beansprucht für sich das Recht, „großserbisch“ überall auf dem Balkan mitreden zu dürfen. Er ist bis-

lang in keiner Weise bereit, von seinen Maximalforderungen abzugehen.

Die Entwicklung der letzten Wochen, die Eskalation des Konfliktes in Ex-Jugoslawien, setzt sich damit fort. Es besteht wieder verstärkt die Gefahr, daß der Krieg sich zu einem Balkan-Krieg entwickelt, und dies wird von den Kriegführenden auch einkalkuliert. Die NATO aber will in der Region zeigen, daß sie „Gestaltungsfähigkeit“ hat, wenn auch nur kraftmeierisch, frei nach Roman Herzog mit „Tschingdarasabum“. Dann wird der Einsatz der Bundeswehr wieder im Gespräch sein, dann aber nicht mehr als UN-Einsatz, im Rahmen von Blauhelmen, sondern als Kampfeinsatz.

Die Bundesregierung hat inzwischen die Salami fast aufgebraucht, und die Taktik scheint aufgegangen zu sein. „Wir sind da“, verkündet uns der Bundesverteidigungsminister. Und „wir wollen mitmischen“, sekundiert Außenminister Kinkel. Womit, ist klar.

Angelika Beer ist sicherheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag.

Kinkel als Schlichter?

Die sich abzeichnende Verschärfung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien führt zu verschiedenen Überlegungen, wie man dem entgegen treten kann. Eine Delegation der Grünen befand sich Ende Februar in Bosnien. Zurück in der BRD, formulierte sie einen Antrag im Bundestag, der Vorschläge zur Eindämmung des Konflikts enthält. (s. diese Seite) Kern ihres Antrages ist die Forderung an die Europäische Union, allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens die EU-Mitgliedschaft anzubieten. Dieses Angebot wird an die Einhaltung von Bedingungen geknüpft. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Schritte einzuleiten, die den Friedensprozess auf dem Balkan fördern.

Schon hier ist der Antrag problematisch. Wieso soll ausgerechnet die Bundesregierung Frieden auf dem Balkan schaffen? Da paßt das alte Sprichwort, den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben.

Zu Recht hat die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, in der Bundestagdebatte vom 9.2. darauf hingewiesen, daß es der Regierung im Balkankonflikt darum geht, ihre Militarisierung der Außenpolitik weiter voranzutreiben. Sollten die Grünen deshalb nicht besser die sofortige Beendigung dieser auf Konfrontation, Zerstückelung und Beherrschung des Balkan gerichteten Politik verlangen? Sollten sie nicht lieber einen Untersuchungsausschuß betreiben, der die Rolle von Außenminister Genscher und Genschers Nachfolger Kinkel sowie der Verbände der Exil-Jugoslawen (z.B. der Ustascha nahestehender exilkroatischer Verbände in der BRD) bei der Entstehung des Balkankonflikts untersucht?

Ein zentrales Problem der Jugoslawienkrise scheint in der ungleichen Süd-Nordentwicklung auf dem Balkan bzw. in der Abwendung von einer Politik des Ausgleichs dieses Nord-Süd-Konflikts zu liegen. Die herrschenden Eliten Kroatiens, Sloweniens und Serbiens waren nach dem Tode Titos nicht mehr Willens, dieses Ungleichgewicht zu regulieren, wie es das titoistische Jugoslawien betrieben hatte. Ihre Vorstellung war, durch Beitritt in die EU eine schnelle Mark zu machen. Dies lag ganz im Sinne der Osterweiterungspläne der Bundesregierung. Und hier liegt das Verbrechen der Bonner Regierung: Sehenden Auges, daß diese Politik zwangsläufig zu bewaffneten Konflikten führen würde, hat sie die Spaltung des Landes betrieben.

Anstatt weiter die führenden kapitalistischen Mächte in der „Kontaktgruppe“ sogenannte „Friedenspläne“ für den Balkan unter sich ausmachen zu lassen, müssen andere Wege beschritten werden. Es sollte eine internationale Kommission gebildet werden, bestehend aus Vertretern von Staaten, die nicht wie die „Kontaktgruppe“ strategische und wirtschaftliche Interessen an der Region haben, am Besten aus dem Kreis der Blockfreien Staaten. Diese Kommission sollte verstärkt werden durch Vertreter der Antikriegsbewegung aus dem ehemaligen Jugoslawien und von der UNO Vollmacht erhalten, einen Friedensvertrag mit den Parteien auf dem Balkan auszuhandeln. Erst dann würden auch die Bedingungen greifen, die in dem Antrag der Grünen unter Punkt 2 gesetzt werden. Vollkommen zu Recht betont daher auch ihr Antrag, daß durch die Förderung einer Perspektive für die Zukunft die Zivilbevölkerung des Balkans Mittel an die Hand bekommt, um die partikularen Interessen ihrer jeweiligen Kriegsherren zu entlarven und sie zum Teufel zu jagen. — (hav)

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag zur deutschen Balkanpolitik

„50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs steht Deutschland heute kurz vor dem ersten Kampfeinsatz seine Soldaten im ehemaligen Jugoslawien. Daß wir an dieser Stelle über den bevorstehenden Einsatz der Bundeswehr sprechen, ist keine Initiative der Bundesregierung, die ja alles tut, um diese Debatte wegzudrücken.“

In der bewährten Salami taktik werden immer mehr Truppenteile — wir erfahren das von Ausschusssitzung zu Ausschusssitzung tatsächlich nur scheinbar — für diesen Kampfeinsatz auf dem Balkan vorbereitet, ohne daß das Parlament entsprechend den Rechts- und demokratischen Grundsätzen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden soll.

Tabubrüche — und dazu gehört der Einsatz in Jugoslawien durch deutsche Soldaten — diskutiert man nicht gern ... sondern stellt die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen. Die bisherige Unterrichtung des Parlaments durch die Bundesregierung über die bereits im Dezember gemachten Zusagen gegenüber der NATO zur Unterstützung im Falle des UNPROFOR-Abzuges ist absolut unzureichend. Wer Kampfflugzeuge, Eliteeinheiten, die verheimlicht „Verfügungstruppen“ genannt werden, auf die Kriegsbeteiligung vorbereitet und ausbildet, schafft Fakten, die der Bundestag später allenfalls noch abnicken darf, und zwar mit einer äußerst knappen Mehrheit, einer Regierungsmehrheit, die dieser Entscheidung keinesfalls das angemessene Gewicht gibt. Die Planungs- und Entscheidungsmacht aber liegt bei den Militärs, wie z.B. bei General Peter Heinrich Carstens, der für die NATO-Planungen mitverantwortlich ist.

50 Jahre nach dem Sieg über den Nazismus wollen Sie die Bundeswehr vorbereiten oder vorbereiten lassen, damit sie in eine Region einmarschieren kann, über die deutsche Soldaten schon einmal unerträgliches Leid und

Vernichtung gebracht haben ... Dem Antrag der PDS können wir zustimmen ...

(Angelika Beer, Bündnis 90/Die Grünen, am 9. Februar im Bundestag, lt. Bundestagsprotokoll, S. 1261 f.)

„Einladung nach Europa“

I. Der Deutsche Bundestag verurteilt die anhaltende Aggression bosnischer und kroatischer Serben, die mit Unterstützung von Regierung und Armee Rest-Jugoslawiens zur Errichtung eines „Groß-Serbiens“ betrieben wird. Er fordert darüber hinaus die Regierung Kroatiens auf, einer Verlängerung des UNPROFOR-Mandats für ihr Staatsgebiet zuzustimmen und nicht stattdessen auf eine militärische Lösung zu setzen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, angesichts der explosiven Lage im ehemaligen Jugoslawien, besonders in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, im Rahmen von Europäischer Union und Vereinten Nationen und in Abstimmung mit der OSZE folgende Initiative einzuleiten:

1. Die Europäische Union erklärt gegenüber allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme in die EU und verpflichtet sich vertraglich zur Aufnahme von Verhandlungen über Assoziationsabkommen unter bestimmten Bedingungen. Die Beitrittsperspektive soll die Rückkehr zur Achtung und Einhaltung der Menschenrechte sowie zur Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eröffnen. Die Europäische Union wird ein Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und Infrastruktur in den vom Krieg betroffenen Staaten Bosnien-Herzegowina und Kroatien auflegen, um den Beitritt zu beschleunigen und sich im Rahmen der Vereinten Nationen für die Aufhebung der Sanktionen für alle nichtmilitärischen Güter und Dienstleistungen einzusetzen.

2. Die Beitrittsperspektive und die damit einhergehende Aufhebung der Sanktionen sind an folgende Bedingungen geknüpft:

— unbefristeter Waffenstillstand durch alle Seiten

— Beendigung von Vertreibungen der Bevölkerung und Auflösung der Lager

— militärischer Rückzug der Serben aus den von ihnen außerhalb Rest-Jugoslawiens besetzten Gebieten

— Rückkehrgarantie für alle Flüchtlinge innerhalb und außerhalb der Nachfolgestaaten Jugoslawiens in ihre Heimatorte

— Einleitung eines Friedensprozesses durch Verhandlungen unter Aufsicht der Vereinten Nationen

— Aufrechterhaltung der Stationierung von UNPROFOR in allen vom Krieg betroffenen Staaten, speziell in Bosnien-Herzegowina, in der Krajna und in Slawonien zur Überwachung des Friedensprozesses

— (...)

— gegenseitige Anerkennung der Nachfolgestaaten in den Grenzen von 1990 und Garantie dieser Grenzen

— Amnestie für alle Deserteure und Kriegsdienstverweigerer

— unbehinderte Arbeitsmöglichkeit in den Nachfolgestaaten für eine internationale Kommission zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und Auslieferung aller Beschuldigten an den Internationalen Strafgerichtshof

— nicht an besondere Territorien gebundene Garantie kultureller Autonomie für alle jeweiligen Nationalitäten und Religionsgemeinschaften bei besonderen Rechten für regionale Minderheiten und für Roma und Sinti

— politische und kulturelle Autonomie für regionale Minderheiten, besonders für die Albaner im Kosovo und in Mazedonien.

(...)

(Antrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Helmut Lippelt, Angelika Beer u.a. von Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 16.3.)

Am 15. März beriet der Innenausschuß des Deutschen Bundestags in einer Anhörung die Menschenrechtssituation in der Türkei.

Noch während die Anhörung lief, teilte Bundesinnenminister Kanther mit, er werde den Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden aufheben. Ab sofort können sie wieder an das türkische Regime ausgeliefert werden.

Weder die Verhaftung einer Vertreterin der Menschenrechtsvereine (IHD), die zu der Anhörung reisen wollte, in der Türkei, noch die Tatsache, daß einem kurdischen Abgeordneten in der türkischen Nationalversammlung, einem früheren DEP-Abgeordneten, unmittelbar vor dem Abflug zur Anhörung nach Bonn in der Türkei der Paß beschlagnahmt wurde, noch die neuesten Massaker des türkischen Regimes in den Alevitenvierteln von Istanbul konnten Kanther, Beckstein und Konsorten beeindrucken.

Je mehr sich die Krise des türkischen Regimes vertieft und zuspitzt, umso energischer sollen deutsche Behörden „helfen“ bei der Verfolgung der Opposition — das ist die Devise von Kohl, Kanther und Kinkel. Die Landesinnenminister von Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern schlossen sich der Aufhebung des Abschiebestopps sofort an. NRW-Innenminister Schnoor (SPD) und weitere SPD-Länderregierungen kündigten dagegen an, den Abschiebestopp bis 12. Juni zu verlängern.

Am 17. März billigten die Regierungsparteien im Bundestag formell Kanthers und Kinkels Kurs gegen die kurdische Exilbevölkerung in der BRD. Einen Tag später marschierten 35 000 Mann türkischer Truppen in Süd-Kurdisten ein.

Wir dokumentieren die Rede von Ulla Jelpke (PDS) im Bundestag am 17. März und eine Erklärung der alevitischen Gemeinden in der Bundesrepublik. — (rül)

Kanther und Co. schieben wieder Kurden ab

Anhörung zur Menschenrechtssituation in der Türkei diente nur als Maskerade. Von Ulla Jelpke

Mir sind die Berichte der vorgelegten Sachverständigen noch gut im Ohr:

— Akin Birdal vom „Menschenrechtsverein Ankara“ sprach angesichts von über 1000 Foltervorwürfen davon, daß die Menschenrechte in der Türkei mit Füßen getreten werden. Sertac Bucak vom „Internationalen Verein für Menschenrechte in Kurdistan“ berichtete über 2000 von türkischen Sicherheitskräften zerstörte kurdische Dörfer und über 3 Millionen Kurdinnen und Kurden, die vom türkischen Militär aus ihrem Land getrieben wurden. Jörn-Erik Gutheil, evangelischer Landeskirchenrat, betonte, daß für Kurdinnen und Kurden auch in der Westtürkei keine inländische Fluchtalternative bestünde.

Heidi Wedel von „amnesty international“ bekräftigte, daß die Absicht der Bundesregierung, Kurdinnen und Kurden abzuschieben, dem Selbstverständnis eines demokratischen Staates zuwiderlaufe. Es sei ja gerade Ziel der auch für die Bundesrepublik verbindlichen Menschenrechts- und Anti-Folter-Konvention, das Leben und die Gesundheit eines jeden Menschen zu schützen. Dies gelte unabhängig davon, aus welchem Grund diese Person im Gefängnis sitzt oder abgeschoben werden soll — und habe somit selbstverständlich auch für mutmaßliche PKK-Mitglieder Gültigkeit.

Diese Tatsachenfeststellungen der Menschenrechtsvertreterinnen und -vertreter vermochten die von der Regierungskoalition benannten „Sachverständigen“ bis zum Schluß nicht zu widerlegen.

Um der Wahrheit auszuweichen, verlegten sich diese Herren — zumeist abgehaltene türkische Regierungsmitglieder — darauf, die MenschenrechtlerInnen als „bezahlte Agenten dunkler Mächte“ zu verleumdern. Oder sie langweilten den Innenausschuß mit belanglosen Geschichten aus ihrer Kindheit.

Und während diese — aufgrund ihrer

Regierungsnähe als Sachverständige wenig glaubwürdigen Männer — ungestört herumröbeln durften, mußte die Rede eines kurdischen Gutachters wegen fortwährender Störungen abgebrochen werden.

Nägel mit Köpfen wurden aber im wesentlichen bereits vor und abseits der Innenausschuß-Anhörung gemacht: Die türkische Regierung verlängerte ihrerseits den Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten. Der Bundesinnenminister belohnte Ankara hierfür



auf seine Art und hob — ohne die Auswertung der Anhörung abzuwarten — den Abschiebestopp auf.

Ich komme nun zur Abschiebevereinbarung zwischen dem Innenminister der Türkei und seinem deutschen Amtskollegen. Nehmen Sie bitte als Ergebnis der Anhörung zur Kenntnis, daß keiner der Sachverständigen seine Hand dafür ins Feuer legen wollte, daß die türkische Regierung die abgegebenen „Zusicherungen“ auch tatsächlich einhalten wird — mit der Ausnahme des deutschen Botschafters in Ankara, Dr. Oesterheld. Der beeilte sich allerdings hinzuzufügen, daß er dies nur unter großen Vorbehalten tun würde.

Der dadurch schon zum Kronzeugen

der Bundesregierung avancierte Dr. Oesterheld versuchte sich noch bei einer weiteren Frage um eine präzise Antwort vorbei zu mogeln. Ob und warum sollte sich die türkische Regierung einem bilateralen Regierungsübereinkommen mehr verpflichtet fühlen, als völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtskonventionen? Die werden ja von Ankara bekanntermaßen seit Jahren gebrochen.

Es konnte auch keiner der Sachverständigen darlegen, wie die Einhaltung der Abschiebe-„Garantien“ in der Türkei überwacht werden könnte. Wenn nämlich — wie der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor erwartet — tatsächlich bis zu 4000 Kurdinnen und Kurden dem türkischen Folterregime überstellt werden sollen.

„Nur wer schweigt, ist sicher“. So beschreibt die Bundesjustizministerin die Freiheit, die Sie meinen, Herr Kanther — wenn sie von der Verfolgungsfreiheit für Kurdinnen und Kurden in der Westtürkei phantasieren.

Recht hat sie. Wer es wagt, seine Meinung in der Türkei frei zu äußern, der muß mit der ganzen Härte des türkischen politischen Strafrechts und damit eben doch mit politischer Verfolgung, Folter und Tod rechnen.

Keinen Finger hat die Bundesregierung gerührt, als bekannt wurde, daß die als Gutachterin eingeladenen Menschenrechtlerin, Eren Keskin, aufgrund ihrer Verhaftung aus der Türkei nicht ausreisen und damit nicht zu uns sprechen durfte.

Ebenso ungerührt ließ die Regierungskoalition die geladenen VertreterInnen der Menschenrechtsvereine durch ihre „Sachverständigen“ als „1000-fache Lügner“ beschimpfen.

Das Ergebnis der Anhörung kann nur sein, den Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden unbefristet zu verlängern.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag

„Der Haupttäter ist die türkische Regierung“

Erklärung von alevitischen Gemeinden in Deutschland zu dem Massaker in Istanbul

Am 12.3.1995 kam es in der Türkei erneut zu einem Massaker gegen die Aleviten. In Istanbul (Küçüköy) wurden ein alevitisches Gebetshaus und mehrere Kulturhäuser von bewaffneten Personen angegriffen und beschossen. Während dessen und kurz darauf kam es zu heftigen Ausschreitungen auf den Straßen, wobei es nach den letzten Meldungen zu über 20 Toten, darunter ein alevitischer Geistlicher, und über 50 Schwerverletzten gekommen ist. Der Staat spricht bei diesem Massaker von einem Terroranschlag. Doch auch diesmal wird ein erneuter und deutlicher Angriff gegen die Aleviten verzeichnet. Wir wissen alle sehr genau, daß der Haupttäter auch diesmal die türkische Regierung ist, wie es bei dem Massaker in Sivas und zahlreichen anderen Anschlägen gegen die demokratischen Bewegungen gewesen ist.

Bei dem Massaker in Sivas am 2.7.1993 verbrannten 37 Menschen im Hotel Madimak, nachdem das Hotel vor den Augen von Tausenden Fundamentalisten und Staatssicherheitskräften stundenlang belagert und angezündet worden war und jegliche telefonische Hilferufe an Abgeordnete und Sicherheitskräfte bewußt nicht wahrgenommen wurden. Im Prozeß um dieses Massaker wurden trotz eindeutiger Beweise mittels Videoaufnahmen und Bildern später die meisten Täter freigelassen und nur wenige von ihnen zu harmlosen Strafen verurteilt. Es folgten zahlreiche Protestmärsche und Protestaktionen gegen diese Verurteilungen, die vom Staat mißachtet wurden.

Im November 1994 wurden in Tunceli 150 alevitische Dörfer in Brand gesetzt, um die Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben.

Am 9.1.1995 wurden während einer türkischen Life-Fernsehsendung Millionen von Aleviten regelrecht diskriminiert, weil ein bekannter Moderator in aller Öffentlichkeit die alevitische Volk schwer beleidigt hat.

Im Februar 1995 kam es an den Universitäten zu heftigen Kämpfen unter den Studenten, weil sunnitische Studenten alevitische Studenten angriffen,

da diese im Monat Ramadan nicht fasteten.

Der türkische Staat verteidigt die Mörder von Sivas, veranlaßt zwanghafte Bauten von Moscheen in den alevitischen Dörfern, verhindert die Teilnahme von alevitischen Studenten am Unterricht, greift die alevitischen Studenten an, weil sie nicht fasten, sieht zu, wie die Aleviten in den Medien beleidigt werden, fördert den schmutzigen Krieg zwischen Aleviten und Sunniten, verurteilt die alevitischen Intellektuellen, läßt alevitische Dörfer anzünden und fördert den Rassismus. Neben dem ungerechten Krieg gegen die Kurden wird jetzt auch ein diskriminierender Krieg gegen die Aleviten begonnen. Auch diesmal hat der türkische Staat bewiesen, daß die Sicherheitskräfte des Staates während der Ausschreitung zwar ausgeblieben sind, aber während der Protestmärsche gegen die Angriffe sofort zur Stelle waren. Daraufhin wird die Bevölkerung seitens der Regierung dazu aufgerufen, sich nicht provozieren zu lassen und Ruhe zu bewahren.

Auch durch diesen Angriff wird versucht, das alevitische Volk einzuschüchtern, nicht mehr ihre Gebetsstätten aufzusuchen, ihre Kultur in ihren Kulturhäusern auszuleben und sich dem dominierenden sunnitischen Fundamentalismus unterzuordnen und zwanghaft deren religiöse Praktiken anzuerkennen und ebenfalls zu praktizieren.

Sämtliche Protestaktionen der Aleviten wurden bisher vom Staat ignoriert, und anstatt sich zu der Schuld zu bekennen, wird in der Türkei ein schmutziger Krieg zwischen Aleviten und Sunniten entfacht, so daß ein Bürgerkrieg unvermeidlich zu sein scheint. Wir protestieren gegen diese Massaker.

Vereinigung der Aleviten-Gemeinden e. V., Konrad-Adenauer-Str. 28, 51149 Köln, Tel. 022 03-307275, Fax: 022 03-32894
Alevitischer Kulturverein, Viktoriastraße 13a, 42853 Remscheid
Türkisch-Deutscher Sozialkulturverein, Stachelhauser Str. 17, 42853 Remscheid

Kontroversen über den chinesischen Weg zum Sozialismus

Von Theodor Bergmann. Mit einer Replik auf „Politische Berichte“

Die Redaktion hat sich entschlossen, trotz der für unsere Zeitschrift ungewöhnlichen Länge von drei Zeitungsseiten den von Theodor Bergmann für die Zeitschrift „Sozialismus“ (Heft 2/95) verfaßten Aufsatz über die Politik der VR China vollständig abzu drucken. Der Grund: Theodor Bergmann setzt sich ausführlich mit Positionen auseinander, wie sie sowohl in den „Politischen Berichten“ wie auch in der wohl vielen Leserinnen und Lesern noch bekannten, 1989 im GNN-Verlag erschienenen Dokumentation über die Kulturrevolution vertreten wurden. — (alk)

Als alter kritischer Marxist und antistalinistischer Kommunist halte ich Revolutionen für notwendige Formen des Klassenkampfes, die von den historischen, kulturellen, ökonomischen, sozialen Verhältnissen des einzelnen Landes und von den weltpolitischen Bedingungen und Kräfteverhältnissen bestimmt werden, also vielfältig und landesspezifisch sind. Die kritische Analyse ist auch nach der Revolution notwendig, um den Weg und die Methoden des sozialistischen Aufbaus, der Innen- und Außenpolitik ständig zu überprüfen, ständig zu erneuern und zu verbessern, aus Irrtümern und Fehlern selbstkritisch zu lernen. Auch eine radikale soziale Revolution löst nicht alle gesellschaftlichen Probleme für alle Zeiten. Daher sind in der postrevolutionären Periode immer wieder Reformen und die Suche nach Alternativen erforderlich. Denn auch eine Gesellschaft auf dem Wege zum Sozialismus entwickelt sich in Widersprüchen.

Seit meiner Jugend habe ich mich für China interessiert; mein Interesse wurde geweckt durch M.N. Roy und Heinz Möller (Shipe), die ich bei der KPD-Opposition kennengelernt hatte, durch Gespräche mit ihnen, durch ihre Bücher und Artikel. Als „Brandlerist“ habe ich seit Beginn der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ große Zweifel an der Richtigkeit der Politik und der Wahrschaffigkeit der Behauptungen von Mao Zedong und Lin Biao geäußert, habe die Strategie Liu Shaoqis für richtig gehalten und sympathisierte mit Zhou Enlai und den Reformern Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Hu Qili, Zhao Ziyang, Jiang Zemin, Zhu Rongji.

Zuerst werde ich die nicht-sozialistischen Positionen zum chinesischen Weg zum Sozialismus, zur sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung behandeln, dann die sozialistischen und zuletzt meine eigenen Gedanken.

Bürgerliche Hoffnungen

Vorweg sei gesagt, daß kapitalistische und ehemals marxistische Beobachter gleichermaßen nur einen Weg zum „Sozialismus“ für möglich halten, in der Sowjetunion die Stalinsche Strategie, in der VR China Maos Konzepte. Beide Positionen nehmen an, daß das kommunistisch regierte China auf dem Weg zum Kapitalismus sei, daß die Reformen den Kapitalismus bereits einführen.

Die wichtigen bürgerlichen Positionen glauben bereits das Ende des sozialistischen Experiments zu erkennen. Domes (1992) nennt „Wirtschaftsreformen, Völkserhebungen und Agonie des Sozialismus — 1977-1989“ in einem Atemzug, spricht von einer „Politik des aufgeklärten Stalinismus — 1981-1988“ (S. 92). Es werden dann Leistungen und die Erfolge der neuen Wirtschaftspolitik sachlich referiert, ebenso die Debatten in der Führung über das Tempo der Reformen. Dann aber kommen neue Beurteilungen: „Die Gesellschaft der VR China hatte sich von ihrer kommunistischen Regierungspartei getrennt und war gleichzeitig (1988) in einen Vorgang der progressiven Desintegration

eingetreten.“ (S. 108) Vom Höhepunkt des „Aufstiegs zur ‚dritten Weltmacht‘“ (mit Dengs US-Reise 1979) gebe es nun nur „Niedergang“ bis zur Bedeutungslosigkeit:

„In diesem Restsozialismus (nach der Zerstörung und Selbstzerstörung der SU und der realsozialistischen Länder Europas) ist der VR Chinas ihrer Größe und ihres Bevölkerungsgewichts wegen

Einige bürgerliche Forscher zeigen Verständnis für die Leistungen und Ergebnisse der chinesischen Wirtschaftspolitik nach dem Beginn der Reformen, so z.B. Rawski (1979), der die Bedeutung der primären Akkumulation und der Arbeitsbeschaffung auf dem Dorf hervorhebt.

In einer Weltbank-Publikation äußern sich Gelb und Gray (1991) sehr an-

ventionsrecht der lokalen Behörden. Insgesamt sind China viele der Schwierigkeiten erspart geblieben, mit der sich die Länder Osteuropas jetzt auseinanderzusetzen versuchen. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der chinesischen Reformen war die Rolle der Landwirtschaft als ein führender Sektor. Mit der Rückkehr zu familienbasierten Landwirtschaft und mit günstigen Preisen stiegen landwirtschaftliche Produktivität und Betriebseinkommen stark. Die Nachfrage nach industriellen Konsumgütern nahm zur gleichen Zeit zu, als überzählige landwirtschaftliche Arbeitskräfte freigesetzt wurden und wachsendes Sparkapital den Aufbau von Investitionen in Dörfern und Kleinstädten ermöglichten.“ (S. 24)

Die Ethnologin Croll (1994) stellt fest, daß die Reformen nach 1978 — die Auflösung der Volkskommunen und die folgenden Maßnahmen — nicht eine Rückkehr vom Sozialismus zum Kapitalismus seien, wie vereinfachend behauptet wird. Die neue Strategie ist eine „Suche nach Institutionen, die zu einer maximalen ländlichen Entwicklung in Gleichheit führen können“ (S. X). Ähnlich äußert sich Weigelin-Schwierdzik (1993); sie bescheinigt der Reformpolitik, daß sie auf dem Boden des Kommunismus stehe; es werde „allzuleicht vergessen, daß der sogenannte Pragmatismus Deng Xiaopings immer deutlicher nicht nur das Ziel der Modernisierung Chinas im Auge hat, sondern Mittel zum Zweck der Machterhaltung der Kommunistischen Partei ist ... Der Ausgangspunkt der Strategie Deng Xiaopings ist ein politischer, und der ideologische Rahmen, in dem er sich bewegt, ist von ihm selbst mit den vier Grundprinzipien deutlich abgesteckt worden.“ (S. 25)

Einige Verfasser haben Bedenken gegen Reformpolitik. Pennarz (1994) ist besorgt, daß der Drang der Kleinbauern zu mehr Marktproduktion „in vielen Fällen diese traditionelle, auf Sicherheit angelegte Wirtschaftsform beeinträchtigen“ könnte. (S. 21) Loske (1994) fürchtet, die Anregung des Milliardenvolkes zum Konsum könnte unabsehbare Konsequenzen für die Ökologie haben.

Urteile ehemaliger Maoisten

Die maoistischen Gruppen in der BRD haben sich vielfach gespalten und weisen heute ein breites Spektrum von Meinungen auf. Viele ihrer Anhänger haben sich vom Sozialismus völlig abgewandt. Andere halten an den Erklärungen der Mao-Ära fest, glauben noch immer an den großen Sprung nach vorn, dessen „qualitative Ziele — Beginn der Industrialisierung der Landgebiete, Fortschritte im Investbau und in Be- und Entwässerungsbauten, Klassenbewegung zur Verbreitung von technischen Kenntnissen, Stopp der Landflucht und Umkehrung dieser Tendenz — erreicht wurden“ (Ausgewählte Dokumente 1988, S. 4). Ähnlich positiv wird die „Große Proletarische Kulturrevolution“ beurteilt (S. 70); sie habe „elementare Grundlagen für die be-

Fortsetzung nächste Seite



Tschu Teh (stehend) bei einer Ansprache an Mitglieder der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Foto aus den 30er Jahren

offenbar die Führungsrolle zugefallen. Von irgendeiner weltpolitischen Bedeutung ist diese Tatsache jedoch nicht.“ (S. 118) Denn: „Die Agonie des sozialistischen Systems hat begonnen.“ (S. 121) Er ist sich „sicher, daß der größte Teil der Geschichte der Volksrepublik China bereits hinter uns liegt“ (S. 121).

Ganz so sicher wie Domes ist sich Heberer (1993) nicht, hofft aber, daß Marktwirtschaft auch die Institutionen bürgerlicher Demokratie mit sich bringen werde.

Nach der „moralischen Empörung“ über die militärische Niederschlagung der Demonstrationen des Juni 1989 am Tianan'men sind nun alle kapitalistischen Regierungen schnell zum Geschäft zurückgekehrt: Business as usual. Das schließt keinesfalls aus, daß man auf antisozialistische Bewegungen hofft, sie unterstützen will, daß die USA, Deutschland, Frankreich Taiwan aufwerten und aufrüsten, daß Großbritannien in Hongkong nach 150 Jahren Kolonialherrschaft „Demokratie einführt“.

erkennend über die chinesische Reformpolitik, die sich grundlegend von den Wirtschaftsreformen in Osteuropa unterscheidet, wo man sich beeile, um jeden Preis den Kapitalismus wieder einzuführen: „Trotz gewisser Ähnlichkeiten gibt es sehr markante Unterschiede zwischen den Reform-Erfahrungen in China und den Ländern Osteuropas. Anders als viele dieser Länder brauchte China bei Reformbeginn nicht eine makroökonomische Stabilisierung einzuleiten ... Es stand auch nicht vor der Unterbrechung der Handelsbeziehungen ... die jetzt in diesen Ländern so stark sind. Zudem gehen die laufenden Reformen in diesen Ländern in den meisten Bereichen wesentlich weiter als in China (... grundlegende Änderungen in der Rolle des Staates). In China wird versucht, die Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren, ohne das Staatseigentum aufzugeben. In Landwirtschaft und Dorfindustrien ist China weiter gegangen: De facto Eigentumsrechte wurde Einzelpersonen gewährt, wenn auch gewöhnlich bei weitgehendem Inter-

Fortsetzung von Seite 5: China ...

schleunigte wirtschaftliche Entwicklung in späteren Jahren" gelegt (S.70). Kritik an den Irrtümern, Mißerfolgen, den Schäden für Volkswirtschaft und Bildungswesen, den Verlusten an Menschen, der Verfolgung alter Kommunisten, dem Vertrauensverlust der KPCh ist nicht zu finden.

Nach dem Juni 1989 verschärft sich die Kritik an der Reformpolitik im Periodikum des BWK. Exemplarisch heißt es in *Politische Berichte* (PB) PB 12/89 heißt es unter dem Titel „Ein Ausweg aus der Krise ist nicht in Sicht“:

„Lange Jahre hatte die Volksrepublik China die schlimme Entwicklung anderer armer Länder, die Flucht der Landbevölkerung in die großen Städte und die damit verbundenen, schier unlösbaren Probleme vermeiden können. Die revisionistische Politik der KPCh unter der Führung Deng Xiaopings leitete eine verhängnisvolle Wende ein ... Für einen zunehmenden Teil der arbeitenden Bevölkerung haben sich die Lebensverhältnisse in den letzten Jahren spürbar verschlechtert ... Aber erstmals zeigte die Massenbewegung des Mai (1989), wie isoliert die Clique um Deng Xiaoping ist.“ (S.12f).

Immerhin bringen die PB in 20/91 und 21/93 zwei längere, recht sachliche und informative Berichte von Wal Buchenberg, der nicht zum BWK gehört, über Probleme und Leistungen der Reformpolitik. So heißt es z.B. über den Agrarsektor: „Wenn dabei schlechter Ackerboden in China aufgegeben wird, der bisher mühsam bearbeitet worden war, wenn Millionen armer chinesischer Bauern auf der Suche nach Arbeit und besserem Leben in ländliche und städtische Industrien strömen, ist das ebenso unvermeidlich und positiv.“

Es lassen sich viele vernichtende Urteile über die chinesische Reformpolitik finden. So urteilt z.B. Müller (1993) in *Konkret*: „Heute ist China auf demselben Weg wie andere ostasiatische Schwellenländer auch — in Richtung auf einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus ... Es spricht zur Zeit alles dafür, daß auch China zu jenen ehemals realsozialistischen Ländern gerechnet werden muß, die vor dem Kapitalismus kapituliert haben.“ (S.22)

Und Forster-Latsch (1994) sieht „deutlich destabilisierende Folgen des gegenwärtigen Wirtschaftskurses“, die „der KP Chinas die Legitimität gerade auf dem Gebiet der sozialen Menschenrechte tendenziell nehmen.“ (S.22f).

Erstaunlich bleibt an diesen (meist ehemaligen) Ultrarevolutionären, daß sie in der Mao-Ära alle offiziellen Erklärungen für bare Münze nahmen, die Irrtümer des großen Sprungs nach vorn und die Verfolgung alter Kommunisten in der „großen proletarischen Kulturrevolution“ ignorierten oder gar rechtfertigten. Jetzt aber sind für diese Beobachter alle Absichtserklärungen alter Kommunisten, die die Verfolgung überlebt haben, unwichtig, belanglos, unglaubwürdig.

DKP — PDS

Aus parteikommunistischer Sicht gibt David (1994) zwar eine recht sachliche Darstellung der Fortschritte und Probleme der Reformpolitik, kommt aber zu einem insgesamt vernichtenden Urteil. Die „gravierenden Umbruchprozesse können einerseits zu einer akuten Verschärfung der sozialen Widersprüche führen und andererseits langfristig einen Systemwandel bewirken.“ (S.58). Seine Schlußfolgerung:

„Partei- und Regierungskader als Träger marktwirtschaftlich-kapitalistischer Entwicklung — das eröffnet

neue politische Perspektiven: etwa die einer gesamtgesellschaftlichen Umformung und der Schaffung staats- und privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse bei Beibehaltung der KPCh als Führungsschicht ... Die Weichen für eine Transformation des Landes zu einem marktwirtschaftlich-kapitalistischen System sind gestellt.“ (S.64)

Der Autor kann die alte Vorstellung vom konträren Gegensatz zwischen Markt und Plan nicht aufgeben, die sich für kommunistische Reformer als überholt und als ideologische Sackgasse erwiesen hat, die aber als Rechtfertigung für eine wachsende Planbürokratie sehr dienlich war. Inzwischen läßt David den chinesischen Kommunisten eine kleine Chance. Wenn die Kommunisten „eine Entwicklungspolitik als politisches Ziel anvisieren sollten, die sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ausrichtet, dann ist noch eine Korrektur der gegenwärtigen Politik möglich, und es könnte eine eigenständige Strategie in Richtung auf einen ‚Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten‘ eingeschlagen werden.“ (S.64)

Die PDS hat keine parteioffizielle Stellung zur chinesischen Reformpolitik bezogen. Allgemein kann gesagt werden, daß viele ostdeutsche Sozialisten nach dem Zusammenbruch der DDR (1989/90) gegen Berichte über Erfolge sozialistischer Länder äußerst skeptisch sind, nachdem früher parteioffiziell über sehr lange Zeiten jede Abweichung vom Stalinschen Sozialismus-Modell als antisozialistisch verketzert worden war.

Peters (1994a) äußert vorsichtig Befürchtungen, daß der Einfluß des ausländischen Kapitals stark, zu stark werden könnte. In einem späteren Artikel (1994b) verbindet Peters Hoffnung und Zweifel. Die KPCh habe „einen Zusammenbruch à la UdSSR vermeiden“ können. Es gebe deutliche Unterschiede zur sozialökonomischen Entwicklung der asiatischen Schwellenländer. Die Reformpolitik erinnere „an einen strategischen Gedanken Lenins im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Naturalsteuer“. Aber: „Die eigentliche Nagelprobe für die chinesische Reform- und Öffnungspolitik steht noch bevor ... Der Ausgang des historischen Versuchs in China, aus der Malaise des Sozialismus alter Prägung herauszukommen, ohne die sozialistische Perspektive zu verlieren, ist noch lange nicht entschieden.“

Ebenso unentschieden ist Winkler (1993); nach einem im ganzen positiven Bericht über die Entwicklung heißt es: „Ob das Beiwort ‚sozialistisch‘ für Chinas Marktwirtschaft am Ende doch nur ein Feigenblatt ist, wie mancherorts prophezeit wird, muß die Zukunft lehren. Entschieden ist noch nichts.“

Undogmatische Marxisten

Bischoff geht (1993) von der Niederlage

des „staatssozialistischen“ Großversuchs in der Sowjetunion aus, analysiert die profitorientierten Hoffnungen der Kapitalisten der Bundesrepublik auf den riesigen Zukunftsmarkt China und auf die Übertragung ihres Modells auf die ehemals realsozialistischen Länder Europas. Diesen stellt er die Analyse von Zhu Rongji gegenüber, der die frühere überzentralisierte Planwirtschaft aus eigenen Erfahrungen kritisch betrachtet, aber auch die kapitalistische „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten beobachtet hat. In einem Interview für das *Handelsblatt* hatte Zhu Rongji erklärt:

„Als ich Bürgermeister von Shanghai war, kam ein deutscher Geschäftsmann und Politiker zu Besuch. Er war voller

Enthusiasmus über die Wiedervereinigung Deutschlands und vertrat die Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft die mächtigste der Welt sein werde sowie Ostdeutschland sich rasch entwickeln und aufnehmen werde. Sie freuen sich zu früh, entgegnete ich, denn ich glaube, Ostdeutschland besser zu kennen als Sie, weil wir in der Vergangenheit die gleiche sozialistische Planwirtschaft praktizierten und die gleichen Staatsunternehmen hatten. Die rasche Privatisierung von Staatsunternehmen in Deutschland ist sichtbar kein Erfolg gewesen und hat zu (industriellen)

Blutverlusten geführt ... Das Resultat ist, daß Ostdeutschland nicht Deutschland gestärkt hat, sondern zu einer Last für Westdeutschland wurde. Deshalb werden wir gewiß nicht den Weg einer raschen Privatisierung wählen.“ (Zit. nach Bischoff, S.48f)

Bischoff sieht die neuen Elemente der chinesischen Entwicklungsstrategie: Kombination und Pluralisierung der Eigentumsformen bei Dominanz des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, Koexistenz von Plan und Markt als komplementäre Instrumente der Makrosteuerung, Markt als Gegenmittel gegen eine Schattenökonomie, vorsichtige Beschränkung der zentralen Planung, zentraler Ausgleich der überkommenen gewaltigen regionalen Entwicklungsunterschiede und der neuen sozialen Differenzierungen.

„An diesem Punkt tritt der wesentliche Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Marktwirtschaft klar hervor. In einer Gesellschaftsformation, deren Ökonomie überwiegend durch den Profit als Steuerungs- und Regulierungszentrum bestimmt wird, ist die Wirtschaft strikt nach betriebswirtschaftlicher Rationalität organisiert; die Fehlentwicklungen und negativen Konsequenzen (Massenarbeitslosigkeit) müssen in einem aufwendigen Netz sozialer Sicherheit aufgefangen werden ... In einer sozialistisch regulierten Marktwirtschaft existiert die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums nicht. Die faktische Pluralität von Eigentumsverhältnissen unter der Hegemonie des Gesellschaftseigentums ermöglicht eine größere Of-

fenheit von Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Gesamtproduktionsprozeß. Entscheidend ist hier: die Sicherung der Existenzgrundlage für das eigenständige Wirken der Gesellschaftsmitglieder; soweit es gelingt, die Innovation und Kreativität der Beschäftigten freizusetzen, wird sich diese Form der gesellschaftlichen Produktion langfristig als die entwicklungsstärkere erweisen.“ (S.73f)

Der Autor erwähnt auch die ersten politischen Reformen, die den ökonomischen Reformkurs begleiten (müssen): Aufbau eines postrevolutionären, sozialistischen Rechtssystems, Verjüngung des Führungsgremiums, größere Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse. Er ignoriert nicht die „grassierenden sozialen Konflikte“, widerspricht aber den bürgerlichen Hoffnungen „von einem schlagartigen Zusammenbruch des politischen und gesellschaftlichen Systems“ (S.77) und beschreibt eine vorsichtig optimistische Entwicklungsperspektive.

Versuch einer Einordnung der Reformpolitik

Nach fünf Studienreisen, vielen Diskussionen und Literaturstudium bin ich mir der riesigen Probleme des sozialistischen Entwicklungslandes China und der Verantwortung der Kommunistischen Partei einigermaßen bewußt. Es gilt, die Grundbedürfnisse von 1,2 Milliarden Menschen zu sichern, die sozioökonomische und technologische Rückständigkeit zu überwinden, sich in einer Epoche weltumfassender Medien im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme zu behaupten und ein sozial und ökologisch dem Kapitalismus überlegenes System zu entwickeln. Zu den Grundbedürfnissen kommt die Explosion der Erwartungen, der aus dem Weltmarkt über die allgegenwärtigen elektronischen Medien wirkende Außendruck. Die Verantwortung der KPCh ist um so größer und schwerer nach der Selbstzerstörung des ersten sozialistischen Großversuchs in der Menschheitsgeschichte und nach der Erstarrung des offiziellen Marxismus. Meine Vorstellungen über die weitere Entwicklung fasse ich in acht Thesen zusammen.

1. Auch eine radikale Revolution schafft keine endgültige neue soziale Ordnung. In der postrevolutionären Periode sind Inhalte und Methoden des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ständig zu überprüfen. Die Entwicklung des Sozialismus bedarf der ständigen Kritik und Reform, die die Ausarbeitung und offene Diskussion von sozialistischen Alternativen voraussetzt. Da Geschichte, Kultur, sozialökonomischer und technologischer Entwicklungsstand in jedem Land spezifisch sind, müssen auch die Modelle des sozialistischen Aufbaus länderspezifisch sein.

2. Eine sozialistische Übergangsgesellschaft ist nicht frei von Widersprüchen und Interessengegensätzen; diese und ihre Austragung machen im Gegenteil Leben und Entwicklung der Gesellschaft aus. Widersprüche in der gegenwärtigen VR China bestehen u.a. zwischen Bauern und industriellen Produzenten, zwischen Plankommission und den ökonomischen Einheiten, zwischen militärisch-industriellem Komplex und Konsumgüterindustrie, zwischen Plan und Markt, zwischen Betriebsleitungen und Arbeitenden, zwischen staatlicher Familienplanung und bäuerlichen Wunschvorstellungen, zwischen Zentralregierung und regionalen Interessen, zwischen entwickelten Küstenregionen und Entwicklungsgebieten im Westen und Nordwesten, zwischen den Aufgaben von Partei und Staat. Es ist durchaus möglich, daß auch die Einzel-



Mao-Tse-Tung beim Besuch einer Ausstellung (Foto aus den 30er Jahren)

ziele der Reformpolitik nicht konfliktfrei sind.

3. Die gesellschaftlichen Widersprüche sind nur zu lösen, wenn sie erkannt und anerkannt werden. Die Interessengegensätze sind zu formulieren und durch vom Staat unabhängige Interessenorganisationen zu vertreten: Gewerkschaften aller Berufe und Wirtschaftssektoren, Bauernverbände. Für die Lösung der Widersprüche müssen die Entscheidungsinstitutionen demokratisch repräsentativ sein und in einem offenen Verhandlungsprozeß die Interessen sozial erträglich und verträglich ausgleichen. So wird zentrale Planung gesellschaftlich akzeptabel und ohne Befehlsstrukturen auf eine neue Weise effizient.²

4. Plan und Markt sind nicht gegensätzlich, sondern komplementär. Anhand der Ergebnisse bisheriger Pläne sind die Planung, ihre Ziele, Umfang, Methoden und Instrumente ständig zu überprüfen. Sofern der physiologische Bedarf durch die Produktion gedeckt ist, kann auf weitere zentrale Planung bei bestimmten Produkten und in bestimmten Produktionszweigen und Sektoren verzichtet werden. Planung und Markt sind ständig neu gegeneinander abzugrenzen.

5. Ökonomische und politische Reform gehören zusammen. Vorrang für erstere bedeutet, daß man nach der Revolution vor allem die Produktivkräfte befreien muß, daß man Stalins und Maos Diktum von der Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg eindeutig ablehnt. Deng Xiaoping erklärte:

„Je weiter die wirtschaftliche Strukturreform voranschreitet, desto notwendiger finden wir die politische Strukturreform. Ohne letztere kann erstere nicht weiter vorwärtsschreiten, und die Entwicklung der Produktivkräfte wird gehemmt... Die politische Strukturreform beinhaltet in erster Linie Trennung der Partei- und Regierungsfunktionen zur Verwirklichung einer vorbildlichen Führung durch die Partei, die Delegation der Befugnisse nach unten und die Vereinfachung des Verwaltungsapparats. Die politische Strukturreform zielt darauf, die Vitali-

tät von Partei und Staat konsequent zu wahren, den Bürokratismus zu überwinden, die Arbeitsleistung zu erhöhen und die Initiative der Grundeinheiten sowie der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu fördern... die sozialistische Demokratie zu entfalten und die Initiative der breiten Volksmassen voll zur Geltung zu bringen.“³

6. Eine sozialistische Übergangsgesellschaft darf nicht die gesamtgesellschaftliche Produktion in einer — der staatlichen — Eigentumsform an den Produktionsmitteln organisieren. Die unterschiedlichen — gesellschaftlichen und privaten — Eigentumsformen haben je spezifische Funktionsbereiche. Es genügt, wenn die Gesellschaft die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ beherrscht, wenn das staatliche Eigentum das ökonomische Übergewicht behält.

7. Nach der Trennung von Staat und Partei kann und muß sich die KP wieder ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden: geistige Führung der Gesellschaft durch Vorausdenken der neuen gesellschaftlichen Aufgaben, Erziehung ihrer Funktionäre und Mitglieder zu Vorbildern der Gesellschaft, Kampf gegen die sozialen Mißstände und Fehlentwicklungen.

8. Der „Kampf der zwei Linien“, die Auseinandersetzung um die beste Entwicklungsstrategie ist nützlich und positiv. Je offener und transparenter diese lebenswichtige Debatte geführt wird, um so mehr wird sie demokratisch, d.h. um so mehr können die Parteimitglieder und die Bevölkerung daran teilnehmen, die großen gesellschaftlichen Fragen verstehen und an den Entwicklungsperspektiven mitwirken.

Der Kampf der Linien wird heute — anders als in der Mao-Ära — ohne Sanktionen ausgefochten. Das ist der Beginn einer neuen politischen Kultur und einer rationalen Regierungskunst unter Kommunisten, die dazu beitragen werden, den Marxismus zu erneuern, ihn von allem Dogmatismus zu befreien, damit er wieder als Analyseinstrument für revolutionäre Politik dienen kann. Deng Xiaoping unterscheidet zwischen linken und rechten Abweichungen und hält die linken für schädlicher.⁴ Viel-

leicht sollte man besser unterscheiden zwischen Voluntaristen und Realisten, zwischen Konservativen und Reformern. Die Voluntaristen meinen, auch in der postrevolutionären sozialen Transformation und Entwicklung der Produktivkräfte Tempo und Kommandomethoden des Bürgerkrieges beibehalten zu können. Die Realisten wissen, daß man nach dem Sieg langsam vorgehen kann, daß die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Leidensfähigkeit der Menschen begrenzt sind, daß der Aufbau des Sozialismus Aufgaben stellt, die ihrem Wesen nach denen des Bürgerkriegs diametral entgegengesetzt sind, daß man den Menschen Zeit zur neuen Anpassung an die soziale Transformation geben muß.

Was macht nun den realen, von den Betroffenen erfahrbaren Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Entwicklungspolitik aus?

„Das gesamtgesellschaftliche Interesse besteht darin, die Modernisierung mit dem Ziel durchzuführen, das durch die westlichen Industrienationen vorgegebene Niveau von Produktivität und Lebensstandard zu erreichen.“

Diese Interesse wird jedoch im Kontext einer sozialistisch orientierten Gesellschaft verfolgt, deren Legitimität darin besteht, Modernisierung ohne sozialen Härten — ohne Ausbeutung und Unterdrückung — herbeizuführen.

Genau in dieser Verknüpfung von ökonomischer Entwicklung einerseits und sozialem Ausgleich andererseits liegt mit Notwendigkeit die Komplementarität von Ökonomie und Politik.

Sobald die ökonomische Modernisierung an die Grenzen des Sozialismus stößt — und das heißt in China insbesondere: sobald die Modernisierung gegen das Prinzip des Egalitarismus verstößt, die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinanderklafft und das soziale Gleichgewicht ins Wanken gerät —, muß ihr aus politischen Gründen Einhalt geboten werden. Genau darin beweist sich der „Vorteil des Sozialismus“ (Weigelin-Schwierdzik, S. 25)

Theodor Bergmann ist pensionierter Hochschullehrer und lebt in Stuttgart.

Anmerkungen

(1) Viele Beobachter Chinas sehen das Ende des kommunistischen Chinas sehr nahe. Als weitere Beispiele seien folgende genannt. Huo Xing (1990) meint, China sei „gezwungen, die intensiven Reformbemühungen nahezu gänzlich aufzugeben. Nach elfjährigen Bemühungen scheint China wieder in eine Zeit neuer wirtschaftlicher und sozialer Krisen zu geraten.“ (S. 114) „Der Reformprozeß (ist) eindeutig zu einem Ende gekommen.“ (S. 117). Grobe-Hagel (1990), ein guter China-Kenner, meint über den Juni 1989: „Das Kapitel ‚Reform-China‘ ist damit vorerst beendet.“ (S. 89)

(2) Gesellschaftliche Widersprüche äußern sich in Streiks, Demonstrationen, Bauernunruhen, wie sie im Blaubuch der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften ausführlich analysiert werden. Siehe dazu: *Beijing Rundschau* vom 22. 2. 1994.

(3) Auszug aus Deng, Band III, in BR, Jg. 30, Nr. 47, 23. 11. 1993, S. 20. In zahlreichen Reden und Erklärungen unterstreicht Deng diesen engen Zusammenhang. So am 15. 4. 1985: „Die politische Demokratie erweitern und die Wirtschaftsreform durchführen.“ Am 26. 8. 1986: „Die politische Struktur reformieren und das Rechtsgefühl des Volkes stärken.“ Am 3. 9. 1986: „Um die Entfaltung der Produktivkräfte zu sichern, müssen wir die politische Struktur reformieren.“ Am 9. 11. 1986: „Einige Ideen über die Reform der politischen Struktur.“ — Alle Überschriften aus Deng Xiaoping (1987).

(4) Diese Bezeichnungen erhalten im neuen Kontext der Reformpolitik einen neuen Sinn. Linke Abweichungen bedeutet „Macht der Gewohnheit“ der alten Generation des Langen Marsches, Ablehnung der Reform; rechte Abweichung sei die Forderung nach „totaler Verwestlichung unter dem Banner der Öffnung und Reform“, der Rückkehr zum Kapitalismus. Davor warnt Deng vor allem junge Menschen.

Literatur:

- Bischoff, Joachim (1993), Staatssozialismus — Marktsozialismus. China als Alternative zum sowjetischen Weg? Hamburg.
- Buchenberg, Wal (1991), Wohin geht die Volksrepublik China? In: *Politische Berichte (PB)* 20, S. 5
- ders. (1993), VR China: Modernisierung auf Kosten der Armen? In: *PB* 21, S. 11.
- Croll, Elisabeth (1994), From heaven to earth — Images and experiences of development in China. London and New York.
- David, Hans (1994), China: Ökonomische und soziale Probleme. In: *Marxistische Blätter*, Nr. 2, S. 58-64
- Deng Xiaoping (1987), Fundamental issues in present-day China. Beijing; ders. (1993), Inhaltsangabe wichtiger Artikel des III. Bandes der Ausgewählten Werke. *Beijing Rundschau (BR)*, Jg. 30, Nr. 47, 23. 11. 1993, S. 16-21; ders. (1994), Hauptinhalte der Reden in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai und Shanghai. *BR* 31 Jg., Nr. 6-7, 15. 2. 1994, S. 9-24.
- Domes, Jürgen und Marie-Luise Näht (1992), Geschichte der Volksrepublik China. Mannheim
- Forster-Latsch, Helmut (1994), China, der Handel und die Menschenrechte. In: *Kommune*, Nr. 6, S. 19-23.
- Gelb, Alan H. and Cheryl W. Gray

- (1991), The transformation of economies in central and eastern Europe. Issues, progress and prospects. Washington, The World Bank.
- Gittings, John (1994), China sees an era go down to its last flicker. In: *Guardian*, London, 11. 10. 1994.
- Heberer, Thomas (1993), Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel? Eine Untersuchung zum Verhältnis von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozessen. Köln.
- Huo Xing (1990), Reformpolitik in der Volksrepublik China 1978-1988 — Eine Zwischenbilanz. In: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik*, 18. Jg., Nr. 1-2, S. 114-124.
- Jung, Heinz (1991), Ende und Anfang. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, Nr. 8, S. 15-24.
- Loske, Reinhard (1994), Chinas Marsch in die Industrialisierung: Gefahr für das Weltklima? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. , S. 1460-1472.
- Mac Shane, Danis (1994), Chinas whitewash. In: *New Statesman and Society*, 1. 4. 1994, S. 31-33.
- Müller, Wolfgang (1993), Chinas Rock fürs Kapital. In: *Konkret*, Nr. 9, S. 22.
- Pennarz, Johanna (1994), Reformpolitik und ländliche Entwicklung in China — Marktorientierte Produktion in der Provinz Sichuan. In: *Entwicklung und ländlicher Raum*, Nr. 5, S. 18-21.

- Peters, Helmut (1994a), Wird China zum Mekka des internationalen Kapitals? In: *Neues Deutschland (ND)*, 15. 4. 1994, S. 9;
- ders. (1994b), Mit Hilfe des Kapitals zum Sozialismus? Gedanken zum 45. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China. In: *ND*, 30. 9. 1994, S. 7.
- Rawski, Thomas G. (1979), Economic growth and employment in China. Oxford, New York.
- Weigelin-Schwierdzik (1993), Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte über die Zukunft der VR Chinas. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51/93; 17. 3. 1993, S. 14-26.
- Winkler, Heiner (1993), Schaffen die Abweichler den Befreiungsschlag? Das ostasiatische Modell gibt der Zauberformel vom Dritten Weg neuen Auftrieb. In: *ND*, 7. 12. 1993, S. 9
- Zha Jianging (1994), Mao meets Musk. In: *New Statesman and Society*, 1. 4. 1994, S. 18-21.
- Ein Ausweg aus der Krise ist nicht in Sicht. In: *Politische Berichte* 1989, Nr. 12, S. 12-13.
- Entwicklung bestätigt: Nur der Sozialismus kann China retten. In: *Politische Berichte* 1989, Nr. 13, S. 12-14.
- Krisenhafte Entwicklung des chinesischen Dorfes. In: *Politische Berichte* 1993, Nr. 12.
- Landwirtschaftskrise droht. In: *Politische Berichte* 1991, Nr. 9.
- Schuldenkrise droht. In: *PB* 1989, Nr. 24, S. 13-14.

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

Volksrepublik China



© 1994 Gesellschaft für Wirtschaftsinformation und Marktforschung, Volkswirtschaftliche Fakultät, Universität zu Köln

Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, Volksrepublik China — Antiimperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution — Kampf zweier Wege um das Entwicklungskonzept der VR China. Köln 1989. ISBN 3-926922-01-X, 124 Seiten, Preis 10 DM. Bestellungen an: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. (034204) 4657 11, Fax: (034204) 4658 93.

Warum der Anschluß an Daimler-Benz?

Omnibushersteller Kässbohrer in Ulm von Mercedes-Benz übernommen

Am 1. Februar 1995 zogen fast 10000 Menschen, bei hundertprozentiger Beteiligung der Kässbohrer-Belegschaft, auf den Münsterplatz in Ulm, um dort für die Erhaltung von 4500 Arbeitsplätzen, davon 3200 in Ulm, zu demonstrieren. Der Verkauf der Fabrik an die Mercedes-Benz AG war durch das kartellrechtliche Prüfungsverfahren in Brüssel in Frage gestellt. Ein Motto der Demonstration, das in allen Medien oft und gerne dargestellt wurde, hieß „Ja zur Hochzeit“. Manche kampferfahrenen Gewerkschafter äußerten dazu etwas verlegen, das sei das erste Mal, daß sie für den Daimler-Konzern auf die Straße gingen! Schon zweimal war Druck gemacht worden für bestimmte Unternehmerentscheidungen: Im Januar 1994 hatte man durch eine Infoveranstaltung im Betrieb während der Tarifrunde die Eigentümer aufgefordert, ihre Gesellschafteranteile bei einem Treuhänder zu hinterlegen, um sie dadurch zum Verkauf des Unternehmens zu zwingen. Das Unternehmen, mit damals 600 Mio. DM verschuldet, stand seit einiger Zeit am Rande des Konkurses und hangelte sich von einem Bankenkredit zum nächsten.

Der zweite Anlaß waren die Kaufverhandlungen selbst. Als einziger ernsthafter Interessent hatte sich Mercedes herausgestellt. Die MB-AG hatte das ausschließliche Prüfungsrecht erhalten und war dabei, die Kässbohrer-Fabrik zu röntgen, als Gesellschafter und Banken die Firma Volvo einluden, ebenfalls die Fabrik unter die Lupe zu nehmen. Auf einer Betriebsversammlung forderte der Betriebsratsvorsitzende die Belegschaft auf, notfalls die Volvo-Delegation am Betreten des Werks zu hindern. Das Einlassen mit Volvo wurde als Gefährdung der Verhandlungen mit MB eingeschätzt.

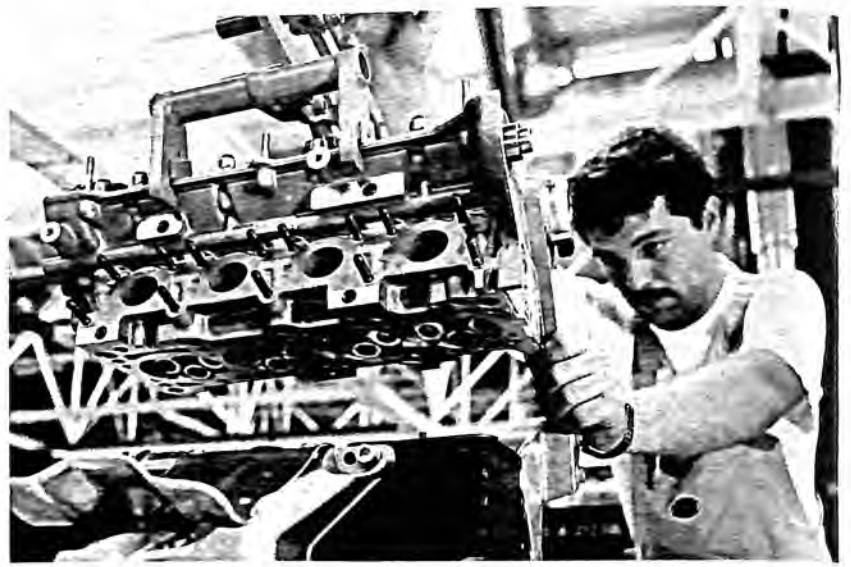
Volvo hatte nie ein Angebot vorgelegt. Auch später, als die Volvo-Vertreter in Brüssel über ihr Kaufinteresse be-

fragt wurden, wollten sie keine Beschäftigungsgarantien geben. Sie äußerten, daß sie auch mit dem Konkursrichter verhandeln würden.

Die Führung von Mercedes-Benz stellte selbstverständlich Bedingungen an die Belegschaft. Sie wollten den Kässbohrer-Betrieb „besenrein“ übernehmen. Ergebnis der Verhandlungen war: Abbau der Beschäftigten auf 3050 in Ulm, Verkauf aller Firmenteile, die nicht zur Omnibusproduktion gehören (das zusammen hieß ein Abbau um 1700 Menschen), 15prozentige Produktivitätssteigerung durch Kürzung der Vorbezeiten, Bereitschaft, über flexible Arbeitszeit zu verhandeln. Dafür konnte eine Garantie erreicht werden: Bis Ende 1998 darf es keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Der Kampf um die Arbeitsplätze war schwierig, da es weder alte noch neue Eigentümer gab, nur Banken, die um Verlängerung der Kredite gebeten werden mußten. Erst am 29. Juli wurde ein Vorvertrag abgeschlossen, nach dem die Mercedes-Benz AG die Kässbohrer Werke am 1. Januar 1995 übernehmen wollte. Im August wurde der Interessenausgleich und Sozialplan abgeschlossen, deren Anwendung zu über 1000 Aufhebungs- und Vorruhestandsverträgen führten. Ende Oktober kam die Vereinbarung: Es wird keine Kündigungen geben. Die 150 Beschäftigten, die über die Zahl von 3050 hinausgehen, können bleiben. Noch im Weihnachtsurlaub stellte die Brüsseler Entscheidung wieder alles in Frage. Das Berliner Kartellamt lehnte die Übernahme von Kässbohrer durch Mercedes ab. Das führte dazu, daß die Mehrheit der Ländervertreter in der beratenden EU-Kommission ebenfalls ablehnte. In dieser Situation beschloß der Betriebsrat zu versuchen, was er konnte, um den Vollzug der Übernahme zu sichern.

Delegationen der Belegschaftsvertretung fuhren insgesamt dreimal nach



Brüssel und führten Gespräche mit dem Kartellamt in Berlin und Wirtschaftsministerium in Bonn. Es stellte sich heraus, daß Arbeitsplatzargumente nicht in die Überlegungen des Kartellverfahrens eingegangen waren.

Der Betriebsrat war nicht von Anfang an für Mercedes. Schließlich war aber kein anderer ernsthafter Käufer präsentiert worden. Er geht davon aus, daß Mercedes sich an die Tarife halten wird, daß damit auch in Zukunft Aussicht besteht, das bestehende Lohnniveau bei Kässbohrer zu halten. Mercedes pflegt den Ruf einer bestimmten „Unternehmenskultur“. Damit, schätzt der Betriebsrat, kann die Belegschaft erfahrungsgemäß umgehen.

Demgegenüber steht die Aussicht, in ein zentralistisch geführtes Unternehmen eingegliedert zu werden, das seinen Beschäftigten bisher schon mehr an Leistungssteigerung abgepreßt hat, als von der Kässbohrer-Belegschaft für die Übernahme abverlangt wird. Der Machtzuwachs beim Daimler-Konzern macht vielen Bauchschmerzen.

Aber sollte das Kartellamt die Übernahme nicht erlauben und es würde sich überhaupt ein anderer Käufer finden, was dann? Müßte dann eventuell noch mehr Personal abgebaut werden? Könnte man nochmals eine vierjährige Beschäftigungsgarantie aushandeln? Müßten noch mehr Zugeständnisse bei Arbeitsbedingungen gemacht werden? Das waren Überlegungen, die die Beschäftigten anstellten.

Für jeden Mitarbeiter war klar, daß er an der geplanten Kundgebung teilnehmen würde. Debatten gab es im Vorfeld darüber, ob es besser wäre, nach Bonn vor das Wirtschaftsministerium zu ziehen oder nach Berlin zum Kartellamt. Der Betriebsrat entschied sich für das „Heimspiel“. Hier konnten wirklich neben allen Arbeitern und Angehörigen auch ihre Familien mit einbezogen werden. Hier konnte Unterstützung organisiert werden von allen, die von der Arbeitsplatzsituation in Ulm und Umgebung berührt werden. Sämtliche politischen Kräfte, die bisher schon Unterstützung angeboten hatten, konnten sie hier anbringen. Im Zeitalter allgegenwärtiger Medien würde es kein Problem sein, das Signal einer Demonstration nach Berlin, Bonn und Brüssel zu senden. Diese Rechnung ging auf: Der Bundeswirtschaftsminister konnte auf Trab gebracht werden und das Berliner Kartellamt mußte seine Ablehnung aufgeben: Der Weg für eine zustimmende Entscheidung durch die EU-Kommission war dadurch frei. Durch die Teilnahme vieler Interessensgruppen bekam die Aktion einen harmonischen Touch. Aber sie bedeutete nicht die Unterwerfung unter nationale oder Daimler-Benz-Strategien. Das haben die Beschäftigten drei Wochen später bewiesen durch die ebenfalls hundertprozentige Teilnahme des Montagewerks 5 am fünfstündigen Warnstreik zur Unterstützung des Streikbeginns der bayerischen Metaller. — (ulm)



Köln. Über 1000 Menschen beteiligten sich am 16. März an der NRW-weiten Demonstration anläßlich des Jahrestages des irakischen Giftgasangriffs auf die kurdische Bevölkerung der Stadt Halabja. Ein Kölner SPD-Ratsmitglied schickte eine Grußadresse. — (jöd, Foto: af/mz)

Knappe 4 Prozent für HBV und DAG

Hamburg. Etwa 1000 Versicherungs- und Bankangestellte demonstrierten am 7.3.95 in einem Sternmarsch zum Gänsemarkt in der Hamburger Innenstadt für ihre Tarifforderungen. Anlaß war die dritte Verhandlungsrunde Versicherungen, die an diesem Tag in Hamburg stattfand. Auf der Kundgebung bekräftigten Redner aus Betriebs- und Personalräten sowie von HBV und DAG die Forderungen von 6%, mindestens 250,— und wiesen die Provokationen der Versicherungen aus den ersten Verhandlungsrunden zurück (u.a. Arbeitszeit bis 45 Stunden, Verschlechterung des Vorruhestands, Nullrunde für Azubis, Samstag als Regelarbeitstag etc.). Nach der Kundgebung auf dem Gänsemarkt fuhr eine Delegation von ca. 100 Beschäftigten mit zwei Bussen direkt zum Verhandlungsort nach Harburg, um den Druck auf den Arbeitgeberverband zu verstärken.

Dank des Metallerstreiks und -abschlusses vom Vortag fiel das Tarifiergebnis Versicherungen, auf das sich am nächsten Morgen geeinigt wurde, dann auch besser aus, als mancher erwartet

hatte: für drei Monate jeweils 200,— DM monatlich, ab Mai 3,8% Gehaltserhöhung mit einer Laufzeit bis 30.4.96.

Die meisten Zumutungen des Arbeitgeberverbandes (s.o.) konnten zurückgewiesen werden. Eine Verschlechterung ist jedoch der Einstieg in eine Arbeitszeitverlängerung („Flexibilisierung“): So soll es ab 1996 zulässig werden, die Arbeitszeit für einzelne Beschäftigte bis auf 42 Wochenstunden zu verlängern, wenn andere entsprechend verkürzt. Allerdings sind hier einige Hürden gezogen worden: U.a. sind Betriebsvereinbarungen erforderlich, die Versicherungen haben in dieser Frage kein Direktionsrecht, d.h. die Freiwilligkeit muß gewahrt bleiben. — (res)

ÖTV Stuttgart für 6% Lohnerhöhung

Stuttgart. Ganz im Zeichen des ÖTV-Reformkurses wurde dieses Jahr die Forderung für eine Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst der ÖTV-Kreisverwaltung Stuttgart/Böblingen auf einer Funktionärsversammlung festgestellt. Vertrauensleute und Delegierte trugen die Diskussionsergebnisse aus ihren Ämtern vor, und das Ergebnis wurde

EINZELHANDEL

Schlecker-Konflikt vor der Lösung

Die Gewerkschaft hbv und die Drogeriemarktkette Schlecker haben am 7. März in Düsseldorf nachstehende gemeinsame Erklärung ausgehandelt. Nach Ansicht der hbv steht der Konflikt damit vor einer zufriedenstellenden Lösung. Für den 8. März angekündigte Aktionen der Gewerkschaft wurden aufgrund des Verhandlungsergebnisses abgesagt.

„Die Firma Anton Schlecker und die Gewerkschaft HBV haben sich am 7.3.95 geeinigt und werden in einem Tarifvertrag gemäß § 3 BetrVG festlegen, daß Betriebsräte in der Firma Anton Schlecker grundsätzlich auf der Ebene der Bezirksleitungen gewählt werden können ... Nach Unterzeichnung des Tarifvertrages treten alle bisher von der HBV initiierten Wahlvorstände zu-

rück. Es werden dann Wahlen auf der vereinbarten Organisationsebene der Firma eingeleitet. Die Firma Schlecker wird die Einleitung und Durchführung der Betriebsratswahlen im Rahmen der geltenden Gesetze unterstützen und ihre Führungskräfte entsprechend anweisen. Die Gewerkschaft HBV und die Firma Anton Schlecker vereinbaren, alle gestellten Strafanzeigen zurückzunehmen und keine neuen Strafanzeigen wegen bisheriger Streitigkeiten zu stellen. Beide Seiten verzichten auf eventuelle Schadensersatzansprüche.

Beide Seiten hoffen, daß durch die nunmehr gefundene Lösung die bestehenden Streitigkeiten im Interesse der Beschäftigten und der Firma Anton Schlecker beigelegt werden.“
aus: „Lokalberichte Stuttgart“

HAMBURGER DRUCKINDUSTRIE

Flexibilisierung statt Arbeitszeitverkürzung

Am 8. März trafen sich ca. 25 Kollegen aus 12 Klein- und Mittelbetrieben, um auf einer Veranstaltung des AK Kleinbetriebe der IG Medien über die Probleme bei der Umsetzung der ab 1.4. vereinbarten Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden in der Druckindustrie zu diskutieren.

Wie sich herausstellte, war es noch in keinem der vertretenen Betriebe gelungen, mit der Geschäftsleitung eine klare Vereinbarung über die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung zu treffen. Offensichtlich zentral durch Schulungen und Broschüren des Verbands der Druckindustrie Nord (VDN) gelenkt, versuchen die Betriebsleitungen zum einen, feste Arbeitszeitvereinbarungen mit den Betriebsräten bzw. Beschäftigten nach Maßgabe des Manteltarifvertrages zu umgehen, und zum anderen eine Vielzahl verschiedener Arbeitszeitmodelle durchzusetzen. Gemeinsam ist den meisten dieser Modelle, daß sie darauf abzielen, die Arbeitszeiten einseitig nach den Bedürfnissen des Betriebes zu flexibilisieren und gleichzeitig für die stoßweise anfallende Mehrarbeit keine Überstundenzuschläge zahlen zu müssen. Die anwesende Landes-

bezirkssekretärin Brigitte Schütz wies darauf hin, daß die im Tarifvertrag enthaltene Klausel, nach der bei der Umsetzung der 35-Stundenwoche vorübergehend die Möglichkeit von zehn zuschlagsfreien Überstunden zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung vereinbart werden kann, eine Kann-Bestimmung ist, die keinesfalls automatisch gilt, wie viele Unternehmer suggerieren möchten. Maßgeblich bleiben nach wie vor die Bestimmungen des Manteltarifvertrages, in dem es z.B. heißt, daß die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für den einzelnen Arbeitnehmer auf fünf Tage von Montag bis Freitag zu verteilen ist und auch bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit an keinem Tag die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden überschritten werden darf. Es kann jedoch nicht an gehen, daß die für viele Kleinbetriebe ohne Zweifel verschärfte Konkurrenz, für die zum Teil die während des DDR-Anschlußbooms aufgebauten Überkapazitäten verantwortlich sind, auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und sich dadurch die Arbeitsbedingungen für alle nachhaltig verschlechtern. — (ulj)

nach der Anzahl der Beschäftigten gewichtet. Daraus ergab sich, daß die Mehrheit der Beschäftigten sich für eine Lohnerhöhung um 6% aussprachen mit einer sozialen Komponente von 250 DM mindestens. Dies wird als Empfehlung an die Große Tarifkommission gegeben, da laut Geschäftsführer eine Funktionskonferenz mit Vertrauensleuten kein beschließendes Organ ist. Viele sprachen sich gegen Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung aus, da durch Solidaritätszuschlag und Preissteigerung besonders die unteren Lohngruppen an einer ungeschmälernten Lohnerhöhung interessiert sind. Aus dem gleichen Grund sollte der Lohnabschluß im Öffentlichen Dienst nicht unter dem der IG Metall ausfallen. — (mok)

Resolution Stuttgarter Migrantinnen

Stuttgart. Am 8. März fand, veranstaltet von VHS u.a., eine gutbesuchte Veranstaltung unter dem Titel „Grenzen-Los Einmischen“ statt — u.a. mit Ministerin Unger-Soyka —, die folgende Resolution verabschiedete:

„Am heutigen internationalen Frau-

entag haben wir Stuttgarter Migrantinnen uns versammelt, um unser Selbstverständnis als Bürgerinnen dieser Stadt zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind Frauen aus allen Teilen der Welt, die hier arbeiten, leben und lieben und deshalb erwarten wir, daß wir als gleichberechtigte Bürgerinnen dieses Landes/dieser Stadt akzeptiert werden. Wir tragen zum Gemeinwohl dieser Stadt bei und wollen angemessen an den Entscheidungen beteiligt sein und in den Strukturen berücksichtigt werden. Dazu ist es notwendig, daß wir an entscheidenden Stellen vertreten sind, um unsere Belange selbst artikulieren zu können.

An dieser Stelle werden wir nur an einige unserer Forderungen erinnern. Wir fordern:

- * daß in allen gesellschaftlichen Bereichen Migrantinnen bei Stellenbesetzungen ohne Einschränkung und Diskriminierung gleichberechtigt berücksichtigt werden; ein Anfang sollte sein,
- * daß in der Gleichstellungsstelle der Stadt Stuttgart eine Migrantin eingestellt wird und
- * daß die vom Gemeinderat bewilligte Stelle einer/eines Ausländerbeauftragte/n der Stadt Stuttgart mit einer Mi-

JUGENDPOLITIK

Jugendausschuß stoppt Kürzungen

Im Sommer 1994 begann eine sogenannte „Arbeitsgruppe Neudefinition städtischer Aufgaben“ in der Stadtverwaltung Norderstedt ihre Arbeit mit einem Streichorchester im Jugendbereich.

Das von CDU, SPD und Bürgerpartei vorgestellte Ergebnis: 30 Prozent Einsparungen. 14 Millionen DM sollten jährlich weniger zur Verfügung stehen. Einsparungen in dieser Höhe wären ausschließlich durch die Kürzung im Personalhaushalt möglich gewesen; von den 24,5 städtischen und 6 kirchlichen Pädagogen/innenstellen hätten mindestens 8 gestrichen werden müssen.

Mit der Umsetzung dieser Kürzungen wurde die Verwaltung und der Fachausschuß beauftragt.

Die MitarbeiterInnen der Jugendeinrichtungen reagierten sofort, schlossen sich im September zu der ÖTV-Fachgruppe Soziale Berufe zusammen und gingen mit zwei Forderungen an die Öffentlichkeit:

1. Bevor die Höhe der Kürzungen festgelegt wird, braucht die Stadt ein Gesamt(spar)konzept
 2. Bevor im Jugendbereich wahllos gestrichen wird, brauchen wir ein Gesamtkonzept der Norderstedter Jugendarbeit (einen Jugendhilfplan).“
- Mit regelmäßigen Presseerklärungen, einem Stand im Herold-Center, offenen Briefen und Flugblättern informierte die ÖTV-Gruppe regelmäßig über ihre Arbeit. Darin hieß es u.a.: „... Bisher wurden in die städtische Jugendpflege die von den pädagogischen Fachkräften für notwendig erachteten Mittel weitgehend investiert. Die Politiker/innen waren gut beraten, gerade im großstädtischen Einzugsbereich auf den präventiven Charakter offener Kinder- und Jugendarbeit zu setzen, und das Fehlen gravierender Probleme mit Jugendlichen in Norderstedt hat ihnen Recht gegeben. ... Die Fachgruppe Soziale Berufe der ÖTV-Betriebsgruppe der Stadtverwaltung warnt eindringlich davor, den Haushalt auf Kosten junger Menschen zu sanieren. Eine Gesellschaft, die an ihren Kindern spart, tut dies an der falschen Stelle und wird dafür eines Tages eine andere Rechnung serviert bekommen.“

Jugendliche beteiligten sich an den Diskussionen im Jugendausschuß, waren bei einer StadtvertreterInnensitzung anwesend, machten Unterschriftensammlungen und führten eine Pressekonzferenz durch. Im täglichen Betrieb und auf Elternabenden waren die Kürzungen Thema Nr. 1. Auch die freien Träger protestierten gegen die geplanten Maßnahmen.

Im Januar legte dann die Verwaltung ihren Vorschlag vor:

- Zwei Häuser sollen geschlossen oder vom Kreis Segeberg übernommen werden
- Zuschüsse für freie Träger werden stark reduziert.

Der Kreis Segeberg verwies allerdings auf seine Jugendhilfplanung, welche erst in ca. 2 Jahren abgeschlossen ist. Vorher wird er keine neuen Aufgaben übernehmen.

Auf der Klausurtagung des Jugendausschusses am 24./25. Februar diskutierten erstmalig PolitikerInnen, MitarbeiterInnen und Jugendliche gemeinsam über die Ziele und Inhalte der Norderstedter Jugendarbeit. Der Beschluß des Ausschusses war dann ein voller Erfolg der Proteste:

- Keine Diskussionen über weitere Kürzungen, bis der Kreisjugendhilfplan vorliegt,
- Wiederbesetzung aller bis dahin frei werdenden Stellen,
- Einrichtung der Krisenbetten mit allen geplanten Stellen,
- Einrichtung einer parteienübergreifenden Arbeitsgruppe, die dem Kreis für den Jugendhilfplan zuarbeiten soll.

Sofern der Magistrat der Stadt Norderstedt diesen Beschluß nicht widerspricht, hat die Jugendarbeit allerdings nur einen Aufschub erreicht. So rechnet auch die ÖTV-Fachgruppe damit, daß die Kürzungen spätestens im nächsten Frühjahr wieder auf der Tagesordnung stehen. Aber die Chance von einem Jahr kann genutzt werden ...

— (momo+hel)



grantin besetzt wird. Darüber hinaus tragen wir an dieser Stelle noch einmal unsere Forderungen vor, für die wir uns seit langem öffentlich einsetzen.

Wir hoffen, daß wir in Ihnen, Frau Ministerin Unger-Soyka, eine Verbündete gewonnen haben, die sich mit uns gemeinsam besonders für das Erreichen folgender Ziele einsetzt:

- * uneingeschränkte Bürgerinnen- und Bürgerrechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land haben,
- * die Einführung der doppelten StaatsbürgerInnenschaft als Voraussetzung für die aktive Partizipation am politischen und öffentlichen Leben,
- * eigenständiges Aufenthaltsrecht der Frauen und Männer,
- * Landeserziehungsgeld für nichtdeutsche Frauen.“

aus: „Lokalberichte Stuttgart“

50. Jahrestag und die Ahnungslosigkeit der Bundesregierung

Bonn. Auf eine sehr seltsame Art und Weise hat sich die Bundesregierung mit ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS zur Rehabilitierung von kriminellen Anhängern und Nutznießern des

NS-Regimes sowie von Neonazis aus der Verantwortung gestohlen. Sie verteilt Schelte an die Fragesteller, indem sie ihnen unterstellt, „das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz als Rehabilitierungsmöglichkeit für NS-Straftäter und Neonazis zu diskreditieren“ und streitet eine derartige Rehabilitierungsmöglichkeit rundweg ab. Trotz nachdrücklicher Nachfrage geht die Bundesregierung mit keinem Wort auf die skandalöse Entscheidung vom Juni 1994 ein, mit der die KZ-Aufseherin Margot Kunz „rehabilitiert“ und mit 64000 DM entschädigt wurde. Im übrigen teilt die Bundesregierung mit, sie habe keinen Gesamtüberblick und da sie nichts weiß, — nicht einmal das, was in der Presse steht —, sieht sie auch keinen Handlungsbedarf.

Prof. Dr. Jens Uwe Heuer, MdB/PDS: „Ich sehe darin nicht nur ein politisches Armutszeugnis. Hier geht es auch darum, daß im 50. Jahr der Befreiung vom Nazifaschismus eine Methode als Regierungspolitik wiederkehrt, die schon mehr als einmal eine verhängnisvolle Rolle bei der Verharmlosung nazistischer Tendenzen gespielt hat: die Methode, nichts sehen und nichts hören wollen.“ — (u.b.)

PDS-Mittelstandspolitik in Ostdeutschland

Gespräch mit Helmuth Markow, wirtschaftspolitischer Sprecher der PDS im Landtag Brandenburg

Helmuth, Du widmest Dich jetzt vor allem der Entwicklung einer Politik für den Mittelstand in Berlin und Brandenburg. Was hat die PDS dazu bewogen, sich dieses Themas anzunehmen?

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die PDS in Brandenburg hat schon frühzeitig eine „Politik für den Mittelstand“ als Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik der PDS in Brandenburg betrieben, weil die Förderung und Entwicklung dieses Sektors immer mehr zu einem Schlüssel für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen des Landes Brandenburg wird. Nun haben wir im Oktober 1994 gemeinsam mit Berliner Vertretern der PDS den „Offenen Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen in Berlin und Brandenburg e.V.“ (OWUS) gegründet. Zum Präsidenten des Verbandes wurde Christa Luft, PDS/ MdB, auf der ersten Vollversammlung des Verbandes in Februar 1995 gewählt. Im Verband sind bisher etwa 100 Mitglieder aus Berlin (Ost und West) und Brandenburg eingeschrieben. Der Verband wird Interessierten Beratungsleistungen und Ratschläge bei der Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen, Stammtische und Gesprächsrunden mit Vertretern von Ministerien, Banken und Unternehmern der alten Bundesländer durchführen, Erfahrungen vermitteln und Hilfe bei der Gründung und Führung klein- und mittelständischer Unternehmen gewähren.

Allem Anschein nach versteht Ihr unter „Mittelstand“ in Ostdeutschland/Brandenburg etwas anderes als in den alten Bundesländern. Was ist „Mittelstand“ in Brandenburg?

Das ist richtig. Im Unterschied zu den alten Bundesländern, in denen mittelständische Unternehmen bis zu 1000 Arbeiter und Angestellten mit einem Umsatz bis zu 250 Millionen DM umfassen, sind ostdeutsche Unternehmen Betriebe mit ein bis zehn Personen, im Höchstfall 20-30. Ostdeutsche klein- und mittelständische Unternehmen sind entstanden als Ausgründungen aus ehemals staatlichen Betrieben und als individuelle Neugründungen, deren Mitarbeiter diese aus der Notwendigkeit heraus, Arbeitsplätze zu erhalten und sich eine Lebensgrundlage zu sichern, aufbauten. Gründung und Entwicklung solcher Unternehmen erfolgten aus einer Interessenlage heraus, die von vornherein mit einer schwierigen Ausgangssituation verbunden war. In vielen Fällen gab es für den einzelnen keine andere Alternative.

Klein- und mittelständische Unternehmen leben von drei Säulen:
— den Aufträgen und der Zusammenarbeit mit in der Region vorhandenen Großbetrieben,
— dem privaten Konsum der Bevölkerung des Gebietes und
— öffentlichen Aufträgen, d.h. Aufträgen, die die öffentliche Hand vergibt.

Nun sind fast alle Großbetriebe (bis auf einige „Leuchttürme“) in Brandenburg eingegangen, der private Konsum wird mit „Importen“ zum großen Teil aus den alten Bundesländern abgedeckt und Bund und Länder vergeben Generalaufträge, bes. an westdeutsche Unternehmen, mit großen Losgrößen, so daß für klein- und mittelständische Unternehmen wenig übrigbleibt.

Ein zweites Problem besteht darin,

daß der „Unternehmer“ drei Dinge gleichzeitig machen muß: Er muß neue Produkte entwickeln, um seine Marktlücke zu finden; er muß Investitionen tätigen; und schließlich muß er den Markt bearbeiten, sich ihn „erobern“, und das gegen etablierte Wirtschaftsstrukturen in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungsbereich.

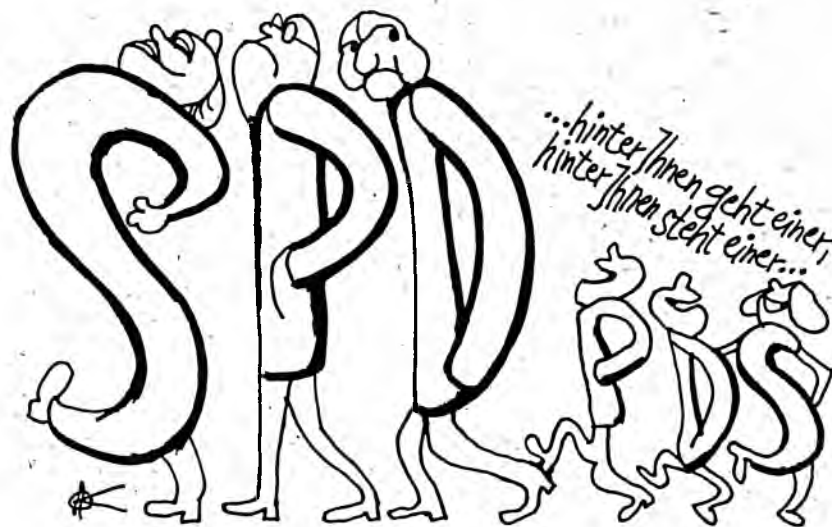
Der „Unternehmer“ in Ostdeutschland verfügt aber kaum über eigenes Kapital, hat auch kein eigentliches „Produktionseigentum“, hat Probleme mit den Banken, wenn es um Kredite geht, und kämpft beständig um die Liquidität seines Betriebes. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Abmeldung von Unternehmen höher ist als die Anzahl der Anmeldungen. Insolvenzen gibt es jetzt sehr häufig im Baugewerbe und im Gaststättenbereich. Es gibt wenig produzierendes Gewerbe. Es konzentriert sich viel im Dienstleistungsbereich.

Viele Unternehmen leben von Kleinst- und Kleinaufträgen, um ihre Liquidität zu erhalten. Zwischenfinanzierungen sind schwer zu erhalten. Die Banken fördern kaum, aber sie fordern z.B. dingliche Sicherheiten, die oftmals nicht vorhanden sind.

Es kommt uns z.B. darauf an, daß das Ministerium für Technologie nicht nur eigene Projekte fördert, sondern daß dieses Ministerium seine Mittel, sagen wir, mit denen des Ministeriums für Landwirtschaft zusammenzutut und Mittel auch im ländlichen Raum einsetzt. Jetzt ist das Fördermittelinstrumentarium so kompliziert gestaltet, daß der einzelne sich kaum durchfindet und auch nicht in der Lage ist, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Der Beantragungsmechanismus ist äußerst vielfältig und unübersichtlich. Das muß geändert werden.

Geändert werden muß auch die sog. Losgröße. (Das ist der Umfang des zu vergebenden Auftrages und seine finanzielle Größe). Wir sind dafür, daß diese Losgrößen bei öffentlichen Aufträgen verkleinert und auf mehr Bereiche aufgesplittet werden. Ihre Vergabe sollte durch eine öffentliche Auftragsstelle durchgeführt werden. Die PDS erhebt Einspruch gegen die bisher geübte Praxis der Auftragsvergabe, die wenig öffentlich erfolgte.

Wir erheben auch die Forderung, die Gewerbemieten nur sukzessive, d.h. langsam zu steigern. Dies richtet sich vor allem an die Kommunen. Viele



Karlatur: Harald Kretschmar

Die PDS hat diese Entwicklung rechtzeitig erkannt und im Brandenburger Landtag ein Existenzsicherungsprogramm eingebracht, das auch angenommen wurde.

Was sind nun die Aufgaben Eures neugegründeten Verbandes? Was wollt Ihr politisch erreichen?

Es ist doch so, daß die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestört sind und die endogenen Potentiale der Region nicht genutzt werden, brach liegen, ja, fast gänzlich zerstört sind.

Im Unterschied zu herkömmlich bekannten Unternehmervereinigungen, die sektoriell strukturiert sind, umfaßt die OWUS alle Bereiche, und wir stellen politische Forderungen. Wir fordern vor allem Gleichberechtigung für die entstandenen Unternehmen.

Unsere Forderungen sind substantiell und zielen auf:

- die Veränderung der Fördermittelloge und -vergabe;
- eine Konzentration der Fördermittel auf bestimmte Objekte und Unternehmen;
- Produktentwicklungsförderung und Markthilfe.

Kommunen lebten in Erwartung großer Investitionen von außen und richteten gewaltige Gewerbeflächen ein. Die Investoren blieben im wesentlichen aus. Jetzt müssen diese Flächen den einheimischen Unternehmen, auch unter Beachtung ökonomisch verträglicher Mieten, zugänglich gemacht werden.

Eine weitere Forderung besteht im Abbau der Schere zwischen Nettoprofitrate und Zinsfuß (hohe Zinsen). Gegenwärtig ist eine Kapitalbildung nicht oder kaum möglich. Dadurch bleiben Investitionen aus. Es sollen keine Subventionen gezahlt werden, aber es sind solche Regulierungen notwendig, die den Unternehmen Luft geben und ihnen gestatten, eigene Investitionen zu tätigen. Staatliche Investitionen werden gegenwärtig vor allem in Großbetrieben getätigt.

Ein Beispiel für sinnvolles Vorgehen stellt das Kunstseidenwerk Premnitz dar. Dort, wo lange Zeit nichts geschah, hat sich jetzt ein Schweizer Bankenkonsortium gebildet, das dem Betrieb übernommen und wieder in Gang gesetzt hat. Das hilft vor allem auch den umliegenden kleinen und mittleren Unternehmen, wenn regionale Kreisläufe wieder in Gang kommen.

**Arbeit
her!
PDS**

Was wollt Ihr als unmittelbare Ergebnisse für die Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg erreichen?

Ausgangspunkt für uns sind neben einer notwendigen Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung und der Wirtschaft vor allem arbeitsmarkt- und regionalpolitische Aspekte. Vor dem Hintergrund eines massiven Arbeitsplatzabbaus, nicht nur in Ostdeutschland, wollen wir eine arbeitsmarktbezogene Umorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik erreichen.

Dazu zählen wir: Absatzförderung durch Neu- und Umgestaltung des öffentlichen Auftragswesens, Existenzsicherung bestehender Unternehmen, Vernetzung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Ausbau des Wirtschaftsprogramms für mittelständische Unternehmen, mehr Kompetenz für regionale Akteure durch pauschalisierte Zuwendungen für Kommunen zur Investitionsförderung, Neubestimmung der Kreditvergabe durch Banken, Nutzung des Innovationspotentials des Mittelstandes für neue Produkte usw.

Wir streben an, die Lage der mittelständischen Unternehmen zu erleichtern und durch politische Aktivitäten zu erreichen, daß sie nicht immer gezwungen sind, einen Spagat zwischen Investition oder Auftragsrealisierung auszuführen. Das bedeutet aber vor allem Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wiederherstellung der regionalen Strukturen und Kreisläufe.

„Unternehmer“ in Ostdeutschland sind oftmals alle Beschäftigten eines Betriebes. Viele Arbeitskollektive haben Betriebe gegründet, in denen der einzelne selbst Gesellschafter ist. Mittelstand in Ostdeutschland ist eine besondere Form des Unternehmens. Demzufolge existieren in den Unternehmen demokratische Strukturen und es gibt gleiches Stimmrecht.

Die PDS ist in diesem Sinne auch Interessenvertreter des Mittelstandes, weil sie soziale Interessen artikuliert und soziale Ziele vertritt. In der OWUS ist ein breites Spektrum unterschiedlicher Unternehmensarten vertreten. Wir haben Industrie-, Dienstleistungs- und landwirtschaftliche Betriebe, aber auch Umweltfirmen, Finanzmakler, Handwerker u.a. vereinigt.

Die PDS fördert aktiv Zusammenschlüsse im mittelständischen Bereich, die den besonderen Interessenlagen in Brandenburg entsprechen. Sie ergeben sich aus den Besonderheiten der Entwicklung in den neuen Bundesländern, entsprechen aber gleichzeitig strukturellen Umbrüchen in Gesamtdeutschland.

Wir bedanken uns für das Interview und wünschen Euch viel Erfolg.

Das Gespräch mit Helmuth Markow führte die Ostredaktion.

Der Rechtsstaat in Aktion?

Klaus Eichner zu dem bevorstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Strafverfolgung von Markus Wolff und anderen wegen „Spionage“

Seit Anfang Februar 1995 tauchen immer wieder einmal Pressemeldungen auf, daß das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in Kürze – evtl. im April dieses Jahres – eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Strafverfolgung von Spionagehandlungen der Auslandsnachrichtendienste der DDR treffen wird.

Seit 1990 werden von der Generalbundesanwaltschaft in wachsender Zahl inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und der Verwaltung Aufklärung der NVA der DDR angeklagt und von Gerichten der BRD verurteilt.

An der Intensität der Anklagepraxis des Generalbundesanwaltes und der Verfolgungspraxis einiger OLG hat sich auch nichts geändert, nachdem das Kammergericht Berlin bereits im Juli 1991 (im Zusammenhang mit der Ablehnung der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen den letzten Leiter der HVA, Werner Großmann, und einige seiner Mitarbeiter) und nachfolgend nochmals im August 1993 (betreffend die Anklage gegen den letzten Leiter der Spionageabwehr der DDR, Günter Kratsch, und weitere Mitarbeiter) einen „Vorlagebeschluß“ an das Bundesverfassungsgericht verabschiedet hatte. Bis jetzt erfolgten noch keine Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts; jedoch die Prozesse gehen weiter, und insbesondere der Bundesgerichtshof setzte bisher in Revisionsentscheidungen deutliche Signale zur Fortführung der Strafverfolgung.

Nach Angaben von Generalbundesanwalt Kay Nehm hat die Bundesanwaltschaft seit 1990 insgesamt 6347 Verfahren wegen Spionage bearbeitet. In 73 Fällen wurde Anklage erhoben; viele Fälle wurden an die Landesjustizbehörden abgegeben. Derzeit sind noch 1231 Verfahren wegen Spionageverdacht anhängig.

Es ist nicht ersichtlich, auf welcher Grundlage die Generalbundesanwaltschaft diese Zahlenangaben erarbeitet hat. Eine gewiß nicht vollständige Erfassung von Meldungen aus den Medien ergibt z. B., daß zwischen 1991 und Januar 1995 mindestens 78 Prozesse gegen mehr als 100 Bürger der alten BRD durchgeführt wurden. Dabei erhielten mindestens 24 der Angeklagten Freiheitsstrafen von mehr als fünf Jahren. In diesen und weiteren Prozessen kam es außerdem zu Verurteilungen von mehr als 18 hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeitern der Auslandsaufklärung der DDR. Allein diese unvollständigen Angaben widerlegen die in der aktuellen Debatte zu Fragen eines Schlußgesetzes oder einer Amnestie oftmals vorgebrachten Argumente, daß die Strafverfolgung doch sehr milde sei und nur wenige Personen betreffe.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß die genannten mehr als 6000 Ermittlungsverfahren bedeuten, daß über 6000 Beschuldigte mit Vernehmungen, Hausdurchsuchungen und anderen Untersuchungshandlungen drangsaliert werden, daß in nicht wenigen Fällen Untersuchungshaft angeordnet wird, daß z. T. recht umfangreiche Zeugenvernehmungen stattfinden, Zeugen, die ihr gesetzliches Recht der Aussageverweigerung wahrnehmen, mit Beugehaft bedroht bzw. dazu verurteilt werden – alles prozes-

suale Eingriffe in die persönliche Sphäre von Bürgern, oft auch verbunden mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen. Soweit einige Gedanken zur „Milde“ der Strafverfolgung.

Worum geht es bei der anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts?

Der Vorlagebeschluß des Kammergerichts Berlin formuliert Zweifel an der Berechtigung der Strafverfolgung von Mitarbeitern der Auslandsnachrichtendienste der DDR aus völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen und fordert nun bereits seit 1991 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

StGB), die es formaljuristisch erlaubt, alle Aktivitäten der Auslandsaufklärung der DDR der Strafverfolgung zu unterziehen. In der politischen Argumentation wird dazu erklärt, daß der Bundesnachrichtendienst für eine „Demokratie“ und nur defensiv tätig gewesen sei, während die Hauptverwaltung A der DDR einer „Diktatur“ gedient und aggressive Ziele verfolgt habe. Auf die Widersinnigkeit dieser Argumente kann hier nicht näher eingegangen werden.¹

Soviel sollte jedoch gesagt werden: Nachrichtendienstliche Arbeit unter Verletzung von Menschenrechten hat es in der HVA nicht gegeben. Dagegen war

de waren bereit und in der Lage zu bezeugen, daß eine Straffreistellung der Auslandsaufklärung der DDR Gegenstand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag war und nur aus taktischen Momenten, bezogen auf eine möglichst konfliktfreie Zustimmung der SPD, nicht in den Vertrag aufgenommen worden war. Die Bundesregierung hatte sich aber bereit erklärt, sehr schnell ein Straffreistellungsgesetz in den Bundestag einzubringen. Das ist im September 1990 geschehen, wurde jedoch von der SPD durch die Abstempelung als generelle „Stasi-Amnestie“ ganz schnell zu Fall gebracht. Es ist bezeichnend, daß entgegen den grund-

legenden rechtsstaatlichen Prinzipien einer umfassenden Beweiswürdigung beide Gerichte es abgelehnt haben, überhaupt diese Zeugen anzuhören.

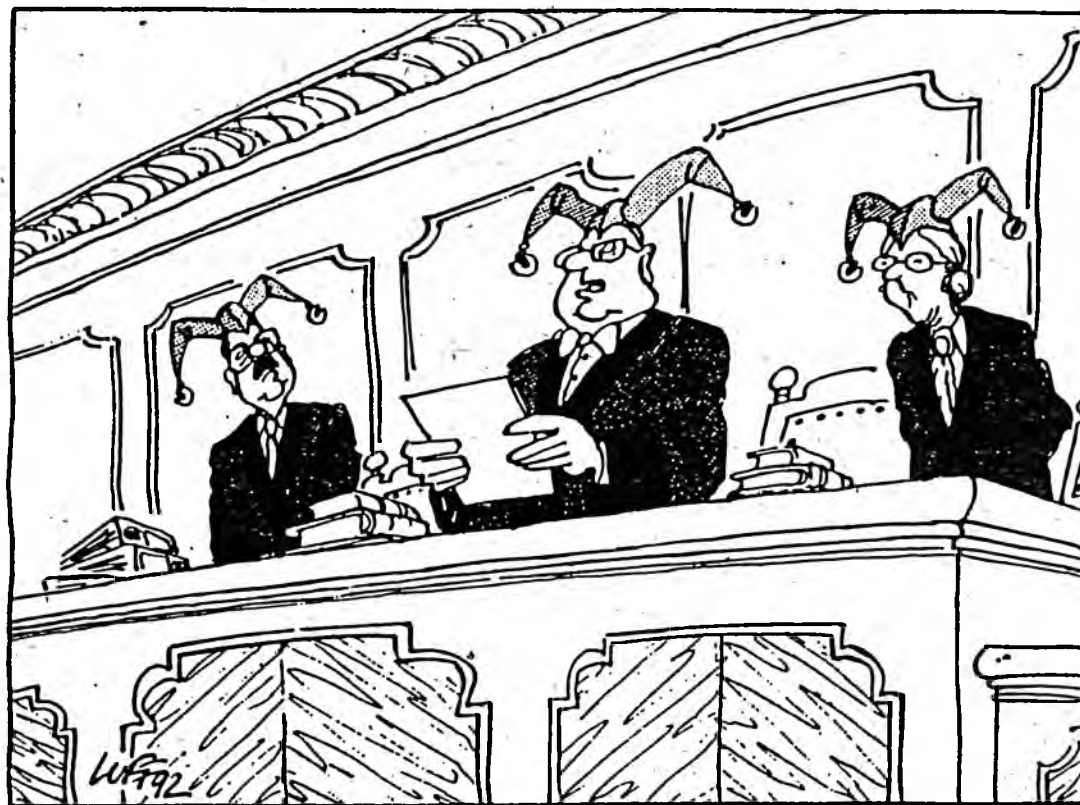
Im Augenblick ist wohl niemand in der Lage, eine Prognose aufzustellen, wie die Position des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts in diesen Fragen aussehen wird. Es würde auch dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik dienlich sein, wenn in Karlsruhe eine der historisch einmaligen Situation der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands adäquate Entscheidung fallen würde.

Wenn diese

Entscheidung dem Rechtsfrieden dienen soll, dann muß sie auch Aussagen über die Straffreistellung der inoffiziellen Mitarbeiter der Auslandsaufklärung der DDR, d. h. der Bürger der alten BRD, die die DDR unterstützt haben, enthalten. Eine Freistellung der Hauptamtlichen und eine gnadenlose Verfolgung der „Ehrenamtlichen“ wäre aus vielerlei Gründen abzulehnen. Nicht zuletzt könnte das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung Signale setzen, die die gegenwärtigen Diskussionen über ein Schlußgesetz nicht unwesentlich beeinflussen würden.

Klaus Eichner ist erster Sprecher des „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e. V.“ in Berlin.

(1) Zu diesem Thema äußerten sich im Mai 1994 in einem Streitgespräch ehemals führende Vertreter der HVA und der BRD-Geheimdienste, dokumentiert in „Duell im Dunkeln – Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland“; zu beziehen über: „Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e. V.“, Postfach 3, 13017 Berlin; Schutzgebühr 5 DM plus Versandkosten.



„Im Spionagefall wir gegen uns ergeht folgendes Urteil: ...“

Aus: Stuttgarter Zeitung 26. 9. 92

Ein völkerrechtliches Argument bezieht sich z. B. auf die Haager Landkriegsordnung von 1907. Darin ist festgelegt, daß ein Spion, der nach dem Einsatz im gegnerischen Gebiet zu seinem Heer zurückgekehrt war, danach für seine Spionagehandlungen nicht mehr bestraft werden darf. Es ist ganz einfach nicht einzusehen, daß Regelungen, die für die Beendigung eines heißen Krieges gelten, nicht auch auf die Beendigung eines kalten Krieges angewandt werden sollen. Der BGH hat jedoch schon mehrfach lakonisch erklärt, daß die Haager Landkriegsordnung als „Kriegsvölkerrecht“ zu betrachten sei und deshalb im Frieden keine Gültigkeit besitze.

Eine verfassungsrechtliche Argumentation betrifft die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes nach Artikel 3 Grundgesetz. Auch hier muß man schon mit Siegermentalität urteilen, wenn die Mitarbeiter des BND und ihre Agenten nicht nur nicht verfolgt, sondern hoch geehrt werden. Für die Mitarbeiter der Auslandsaufklärung der DDR hat man jedoch im Einigungsvertrag eine strafrechtliche Sonderregelung geschaffen (Art. 315 Abs. 4 Einführungsgesetz zum

und ist die Tätigkeit der Geheimdienste führender westlicher Staaten durch Unterstützung von Staatsstreichen, Ermordung von Repräsentanten anderer Staaten (durch die CIA), durch massive „partnerschaftliche“ Unterstützung terroristischer Regimes (z. B. beim BND), durch Ermordung politischer Gegner (wie beim israelischen MOSAD) oder durch Sprengstoffanschläge gegen Demonstrationen zum Schutz der Umwelt (wie der französische Geheimdienst im Sommer 1985 beim Attentat auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“) gekennzeichnet.

Ein weiteres Feld der politischen und juristischen Auseinandersetzungen zu diesem Thema ist die Frage, ob die DDR durch den Beitritt zur BRD den Mitarbeitern ihrer Auslandsnachrichtendienste den „Vertrauensschutz“ entzogen habe oder dieser gar auf die Bundesrepublik übergegangen ist. In mindestens zwei „Pilotprozessen“ (im Wolf-Prozess in Düsseldorf und beim Revisionsverfahren gegen Harry Schütt in München) hatte die Verteidigung beantragt, als Zeugen die Chefunterhändler des Einigungsvertrages Wolfgang Schäuble und Lothar de Maiziere zu vernehmen. Bei-

PDS: Protest gegen Mietsteigerung im Osten

Aktionswoche der Berliner PDS vom 13. bis 18. März mit zahlreichen Protestaktionen

Der 4. Bundesparteitag der PDS beschloß, in den einzelnen Landesverbänden mit einer mietenpolitischen Offensive gegen die unsoziale Einführung der Vergleichsmiete in Ostdeutschland vorzugehen. Dabei wird nicht schlechthin gegen Mieterhöhung protestiert, sondern gegen die Absicht der übereilten Einführung des neuen Mietensystems zum 1. Juli 1995. Die absehbaren Belastungen werden von der PDS als im Widerspruch zum Einigungsvertrag stehend gesehen.

Die vorgesehenen Mieterhöhungen werden alle bisherigen Erhöhungen bei weitem übertreffen. Die beabsichtigte Übergangszeit von nur zwei Jahren steht in keinem Verhältnis zu den 34 Jahren, die in den alten Bundesländern dafür gebraucht wurden. In Berlin verlieren auf Grund des Einigungsvertrages die 406 000 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugenossenschaften im Ostteil der Stadt am 31.12.95 ihre Belegungsbindung. Nur für 182 000 davon will der SPD-Bausenator Nagel durch einen entsprechenden Gesetzentwurf, der im Sommer verabschiedet werden soll, den Sozialwohnungsstatus erreichen. Die Zahl der Haushalte, die auf Grund ihres Einkommens zum Bezug einer solchen Wohnung berechtigt wäre, ist aber weitaus größer. Im Osten sind es nach Bausenator Nagel immerhin 70 % der Mieter.

Die Bundesregierung hat nun mehrfach ihren Willen bekundet, in den ostdeutschen Bundesländern am 1.7.95 die sogenannte Vergleichsmiete flächendeckend einzuführen. Sie hat aber offenbar versäumt, vorher ihre Schulaufgaben zu machen. Bis heute liegt kein handhabbares und sozial verträgliches Konzept vor. Der vorliegende Gesetzentwurf soll die Möglichkeit eröffnen, die Mieten im Juli um durchschnittlich 20 % anzuheben, weitere 3 DM pro Quadratmeter in Folge auf die Miete umzulegen und die vollen Betriebskosten den Mietern in Rechnung zu stellen. Dieses Mietenüberleitungsgesetz soll auf nur zwei Jahre begrenzt sein. Regelungen zur Kappung von Mietsteigerungen bei Neuvermietung sind nicht vorgesehen. Genauso wenig ist bisher erkennbar, daß eine zeitgleiche Anpassung des Wohngeldes an die steigenden Wohnkostenbelastung erfolgen wird. Während die Mieten in Ostdeutschland um 626 % angestiegen sind, stieg das Nettoeinkommen nur um 82 %. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen den Einigungsvertrag. Allein in Berlin leben heute schon 22 000 Obdachlose.

Die von der Opposition und den Mieterorganisationen geäußerten Bedenken und Proteste gegen den überstürzten Übergang in das Vergleichsmietensystem sind vom Regierungskabinett bisher ignoriert worden. Stattdessen drängt die Regierungskoalition auf Tempo, um jegliche Einspruchsmöglichkeiten gegen den Gesetzentwurf zu blockieren und die Mieter für den Kapitaleinsatz der Altschuldenhilfe zur Kasse zu bitten. So ist z. B. die zweimonatige Ankündigungsfrist der Vermieter vor Mieterhöhungen — im Widerspruch zum bundesdeutschen Recht — auf vier Wochen verkürzt worden. Noch müssen allerdings der Bundestag und der Bundesrat dieser Regelung zustimmen. Tritt das Gesetz aber in Kraft, so sind auf Jahre hinaus die Pflöcke eingeschlagen.

Die PDS hält es für unerlässlich, das Vergleichsmietensystem an die zeitgleiche Erarbeitung und Einführung einer jährlich zu dynamisierende Wohngeld-



Protestaktion von Mitgliedern der PDS-Hellersdorf am 14. März vor dem Rathaus in Hellersdorf gegen die Mietenpolitik von Senat und Bundesregierung. Bürgermeister und Bezirksräte stellten sich mehrheitlich hinter die Forderungen der PDS-Mitglieder. Bilddokument aus: „Neues Deutschland“, 15. März 1995

regelung zu binden, die maximale Steigerungsrate der Nettokaltmiete auf jährlich 3,3 % festzulegen, die Modernisierungskosten auf 1,50 DM/qm innerhalb von drei Jahren zu begrenzen, gesetzliche Möglichkeiten des gegenseitigen Eintritts in die Mietverträge bei Wohnungstausch und die Einführung einer Kappungsgrenze von 10 % bei Mietsteigerungen bei Neuvermietung zu gewährleisten. Weiter fordert sie, die Privatisierungsaufgaben aus dem Altschuldenhilfegesetz ersatzlos zu streichen und die sogenannten Altschulden in zinslose Darlehen umzuwandeln.

Der Berliner Landesverband der PDS führte in der Woche vom 13. bis 18. März 1995 seine Aktionswoche durch. Der Bezirksvorstand Berlin-Hellersdorf forderte in Briefen an den SPD-Kreisverband und die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und die Bürgerliste diese auf, sich an gemeinsamen Aktionen zu beteiligen. Aus Sicht unseres Bezirksvorstandes machen die Pläne der Bundesregierung ein parteiübergreifendes Handeln notwendig. Die angeschriebenen Parteien äußerten sich leider nicht zu den übergebenen Schreiben.

Im von 130 000 Menschen bewohnten Stadtbezirk Hellersdorf werden jährlich ca. 3 000 Kündigungen wegen Mietschulden und 250 Räumungen vollzogen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist inzwischen auf immerhin 3 573 Personen angestiegen. Im Bezirk soll durch die Wohnungsbaugesellschaft allein zur Tilgung des Kapitaleinsatzes eine Umlage von 2,25 DM pro Quadratmeter Wohnfläche erfolgen. Besonders Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende, Rentner und Arbeitslose drohen durch das „soziale Netz“ zu fallen.

Um den Widerstand gegen diese Politik zu unterstützen, besetzte die PDS Berlin-Hellersdorf am 14. März nach einer Mahnwache am Rathaus eine Bezirksratsitzung und übergab dem Bürgermeister des Stadtbezirkes einen Forderungskatalog, wie er sich gegenüber

dem Senat von Berlin verhalten sollte. Das Bezirksamt, dem drei Vertreter der SPD, der PDS und ein Vertreter der CDU angehören, nahm die Forderungen entgegen und versicherte den Besetzern, daß sie sich dafür gegenüber dem Senat einsetzen wollen.

Die PDS ist sich dessen bewußt, daß die Gewährleistung des Menschenrechts auf Wohnung bedeutend mehr umfaßt, als zur Zeit von ihr eingefordert wird. Gemeint sind Maßnahmen

zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, die Neukonzipierung der Wohnungsbauförderung, das Bodenrecht, des Steuerrechtes und des ökologischen Städtebaus. Als vordringlich sehen wir jedoch an, gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems gemeinsam mit den Mieterverbänden und allen anderen linken Kräften Ostdeutschlands zu protestieren und eine Änderung des Regierungsvorhabens zu erreichen. — (KJD)

Dr. Wolfgang Harich gestorben

Berlin. Am 16. März 1995 verstarb in Berlin der Philosoph Wolfgang Harich. Harich wurde bekannt, als er 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU, den er als befreiende Zäsur verstanden hatte, mit einer Plattform an die Öffentlichkeit trat, in der er für eine radikale Demokratisierung der DDR eintrat. Harich war zu diesem Zeitpunkt (von 1954-1956) Cheflektor im Aufbau-Verlag Berlin. Er wurde verhaftet und das Oberste Gericht der DDR verurteilte Harich 1957 „wegen Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ zu zehn Jahren Zuchthaus, von denen er acht Jahre in Bautzen verbüßte.

Nach seiner Entlassung widmete sich Dr. Harich der Forschung über Jean Paul, arbeitete an der Ludwig-Feuerbach-Ausgabe des Akademie Verlages mit und wurde auch in der BRD durch eine Kampfschrift, eine Abrechnung mit dem alten und neuen Anarchismus, bekannt.

Harich begrüßte das Zustandekommen der deutschen Einheit und kritisierte entsetzt die Art und Weise ihrer Realisierung. Im Oktober 1992 wurde Dr. Harich zum Vorsitzenden der Alternativen Enquetekommission gewählt, in der er sich bemühte, die in Deutschland entfachte Geschichtsdebatte zu versachlichen. Er wandte sich



Wolfgang Harich in den 70er Jahren

gegen die hysterische „Aufarbeitung“ der Geschichte der DDR und strebte eine sozialhistorische Debatte an, um zur „Aussöhnung der Deutschen“ beizutragen, wie er es nannte.

Mit Harich geht ein rastloser Geist, ein Suchender und Querdenker, der so überhaupt kein Opportunist war, der sich als Kommunist verstand und für ein demokratisches Deutschland eintrat. Sein letzter Antrag, entsprechend dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz eine Entschädigung zu erhalten, wurde von den Behörden abgelehnt, weil die Prozeßunterlagen von 1957 nicht ausreichten. Um weiter zu kämpfen, fehlte ihm die Kraft. — (abe)

PDS-Erneuerung auf dem Prüfstand

PDS-Parteitag-Rückschau von Ralf Fischer

Der im folgenden abgedruckte Diskussionsbeitrag erschien bereits in der vom PDS-Parteivorstand herausgegebenen Zeitschrift „Disput“ Nr. 5/95. Wir drucken ihn hier mit freundlicher Genehmigung des Autors ab. In der nächsten Ausgabe wird Wolfgang Gehrke, einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS, auf die Kritik antworten. — (rül)

I.

Als demokratischer Sozialist habe ich seit Ende 1981 in Westdeutschland mit anderen versucht, eine Partei ähnlich der PDS aufzubauen. Wir hießen Demokratische Sozialisten, hatten ein Statut, welches dem der PDS nahekam, und wollten programmatisch zu einer Kraft „jenseits von Sozialdemokratie und Staatssozialismus“ heranwachsen.

Wie jede Parteigründung unabhängiger SozialistInnen seit 1945 im Westen, so ist auch dieses Anliegen relativ schnell gescheitert. Als die SPD Ende 1982 in Bonn in die Opposition geschickt wurde, versickerte der Zustrom von dort, der die Gründung zunächst ermöglicht hatte. Andere linke Strömungen, etwa die DKP, wollten zu diesem Zeitpunkt keine Erneuerung und zogen nicht mit. Fast zehn Jahre bestanden wir als eine ständig kleiner werdende Kraft, die ihren Anspruch, Bindeglied zwischen unterschiedlichen linken Strömungen zu sein, jedoch nie aufgab, und ihn mit wechselndem Erfolg in örtliche Bündnisse und bundesweite Aktionen und Kampagnen einbrachte.

Nach der Wende in der DDR war ich einer derjenigen, der nun endgültig die Existenzberechtigung einer solchen Partei für erloschen hielt, die Selbstauflösung anstrebte und versuchte, möglichst viele unserer Genossinnen und Genossen für einen Übergang in die PDS zu gewinnen. Meist scheiterte dies aufgrund der in langen Jahren gewachsenen Skepsis gegenüber allem, was aus der Richtung SED und DKP kam. Dies drückte sich vor allem in weitreichenden Bedenken aus, inwieweit die sog. „Erneuerer“ sich wirklich erneuert hätten.

Sozialistische Erneuerung umfaßt, das wissen wir alle, nicht bloß einen Austausch der Ziele und der Begriffe: Menschheit statt Klasse, Hegemonie in der Zivilgesellschaft statt Eroberung der politischen Macht. Sie umfaßt ebenso eine Veränderung der politischen Methode: offene, in sich vielfältige, den Pluralismus fortschrittlicher Standpunkte aushaltende Prozesse des gemeinsamen Streikens und Lernens statt zentralistischer Verordnung der Ziele und Wege. Ist die PDS mit dem vierten Parteitag an dieser Frage gescheitert? Steht der zweite Schritt weg vom Leninismus: die Ausdehnung des Demokratiebegriffs auf die inneren Verfahren, noch aus?

II.

Der Parteitag war mit der Einladung deklariert als ein Parteitag der Jugend und des Westens. Der Parteivorstand mißachtete dies und machte aus ihm einen Parteitag der Stalinismus-Debatte und der Relativierung des Oppositionsverständnisses. War schon allein dies enttäuschend (auch wenn manche der Inhalte sicher richtig sind), so setzte das niedrige Niveau der politischen Kultur noch einen drauf.

In unser Parteiprogramm schrieben wir vor genau zwei Jahren, am 31.1.1993, was die PDS will: „eine neue innerparteiliche Kultur entwickeln, in

der Toleranz gegenüber Andersdenkenden ..., die Gleichstellung aller Mitglieder sowie Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt selbstverständlich sind.“ Sechs Punkte also, an denen sich der heutige Umgang innerhalb der PDS prüfen läßt.

Stichwort: Toleranz gegenüber Andersdenkenden

Die Parteiführung strengte eine Abgrenzung von der kommunistischen Plattform an, indem sie sich nicht nur von Sahra Wagenknecht als Person mit zu bekämpfenden Positionen abgrenzte und mit Rücktritten drohte, sondern in ihren zentralen Leitantrag sogar die Worte hineinformulieren ließ, daß nicht jede Strömung in den Vorstand gehöre. Da der Parteitag ihr das durchgehen ließ, ist in der Praxis ein Hebel der Ausgrenzung gegenüber jedweder heutigen oder zukünftigen Strömung geschaffen, den die Parteiführung nach Belieben einsetzen kann. Toleranz dagegen ist etwas, das in der Praxis gelebt werden will — oder sie ist nichts wert.

Das Gebot der Toleranz wurde von der Parteiführung verletzt.

Stichwort: Gleichstellung aller Mitglieder

Nein, die Parteiführung hat es nicht nötig, Antragsfristen einzuhalten. Sie hat es nicht nötig, ihre Mitglieder von Greifswald bis Lindau und vom Erzgebirge bis Flensburg von bevorstehenden Kursänderungen der Partei rechtzeitig zu informieren. Sie läßt die Gremien und Informationsorgane der Partei abseits stehen und benutzt die Medien und ihre persönliche Autorität zur Durchsetzung ihrer Positionen, was kein anderes Mitglied je könnte.

Das Gebot der Gleichstellung wurde von der Parteiführung verletzt.

Stichwort: Solidarität

Der Zusammenhalt der Betroffenen gegen Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gilt nach außen für die Mitglieder der Gesellschaft, aber auch nach innen für die Mitglieder einer Partei. Sahra Wagenknecht wurde jedoch durch den Parteivorstand aktiv den Mediengeiern zum Fraß vorgeworfen. Dabei scheint mir ihre Art, aus sich ein marxistisches Kunstprodukt zu machen, eher Resultat der Tatsache zu sein, daß sie „die Wärme der DDR-Gesellschaft“ (Interview) vermißt; ihr Dogmatismus entspringt der Tatsache, daß ihr Sozialismus kein gelebter, sondern ein angelesener ist (Parallelen zu manch westdeutschem 68er sind unübersehbar). Statt sie auf dieser Ebene zu akzeptieren, brachte der Parteivorstand den bürgerlichen Parteien und Medien das verlangte Bauernopfer. Damit bestätigte er sogar noch Wagenknechts These von der sozialen Kälte der BRD.

Das Gebot der Solidarität wurde von der Parteiführung verletzt.

Stichwort: Transparenz und Ehrlichkeit

Transparenz bedeutet, daß die Entscheidungen der Partei „durchsichtig“ für alle Beteiligten sein müssen. Das Ob und Wie einer Entscheidung müssen offen zutage liegen und ehrlich vertreten werden. Dies ist insbesondere in Bezug auf das Oppositionsverständnis nicht der Fall. Zwar kann man in eine These alles Mögliche schreiben, auch den Satz, daß das Oppositionsverständnis sich mit Regierungsbeteiligungen nicht ändern. Definitionen nützen aber — siehe SED/DKP — im wirklichen Leben nicht viel, denn das Sein bestimmt am Ende das Bewußtsein.

Wer irgendwo regiert, wird früher oder später Rechtfertigungen für sein Handeln benötigen und folglich entwickeln. Wenn das das Oppositionsverständnis nicht nachhaltig ändert! Der Beschluß des Parteitages ist ein Selbstbetrug, der die Tatsache verschleiern soll, daß die Partei sich in Richtung der Regierungsbänke bewegt.

Die Gebote der Transparenz und der Ehrlichkeit wurden von der Parteiführung verletzt.

Stichwort: Vielfalt

Die Partei ist einst angetreten, um — so unser Parteiprogramm — „zum Dialog und zur Zusammenarbeit der Linken“ beizutragen, wobei sie sich selbst „als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte“ versteht. Existentielle Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Anspruchs ist, daß alle, die zur PDS kommen, auch tatsächlich willkommen heißen werden. Das schließt die kommunistische Plattform und den Bund Westdeutscher Kommunisten in meinem Verständnis ebenso ein wie die anarchistische und die sozialdemokratische Plattform oder sogar den Club der Unternehmer in der PDS, über deren Sinn wir ansonsten ja ebenfalls trefflich streiten könnten.

Es darf keiner Parteiführung überlassen bleiben zu definieren, was im Interesse der von ihr erwünschten Politikfähigkeit in die PDS hineingehört und was, am Ende gar wohl noch per Schiedsverfahren, aus der PDS hinausgesäubert wird.

Es kann nur eine einzige Bedingung geben: daß diejenigen, die die PDS um ihre Positionen bereichern wollen, das Programm und das Statut anerkennen. Auch darüber kann keine Parteiführung befinden, sondern dies können nur die betreffenden Genossinnen und Genossen selbst.

Das Gebot der Vielfalt wurde von der Parteiführung verletzt.

Wenn nun alle sechs im Parteiprogramm genannten Merkmale für die innerparteiliche Kultur mit einem Fragezeichen versehen werden müssen, ist dann nicht die Frage erlaubt, ob die Parteiführung die Erneuerung sozialistischer Politik auf halbem Wege abbrechen bereit ist? Es wird sicher ein bleibendes Verdienst der Parteiführung bleiben, eine starke sozialistische Kraft aus der SED herausgeführt zu haben. Doch auf diese erste geschichtliche Herausforderung folgt gleich die nächste: der Tigersprung in den Westen. Und hierfür sind meines Erachtens andere Voraussetzungen erforderlich, als sie sich in der Arbeit des Parteivorstandes ausdrücken.

Vor allem die Tendenzen, die im Organisationsbericht an den Parteitag und in Interviews von Gregor Gysi und André Brie gegenüber der Presse zum Ausdruck kommen (zentrale Anleitung einer angeblich unbedarften West-Jugend durch den Vorstand bei Abschottung gegenüber der Generation der 68er), zeigen sich realitätsblind in Bezug auf diejenigen, die hier zur PDS finden einerseits, realitätsblind in Bezug auf das Selbstbewußtsein der Jugend andererseits. Ein wirklich stabiler Organisationsaufbau kann sich nur entwickeln, wenn er tatsächlich von unten her organisiert wird — auf dem Parteitag und in den Stellungnahmen unseres Männerbundes, der sich Parteiführung nennt, kein Wort davon. (In diesem Zusammenhang das vielleicht bedenkenswerteste, aber kaum beachtete Ereignis: Die einzige ausgewiesene Feministin, die für den Vorstand kandidierte, wurde nicht gewählt.)

III.

Aus der Erfahrung der Demokratischen Sozialisten (West) formulierten wir im Juni 1991 in unsere „Erklärung zur Auflösung der Organisation“:

„Eine der Grundthesen linker Politikansätze: gemeinsames Bewußtsein als Voraussetzung für Zusammenarbeit, ist gescheitert ... Der gegenseitige Vorwurf von Fehleinschätzung und falscher Analyse steht im Mittelpunkt, anstatt die unterschiedliche Bewertung realer gesellschaftlicher Widerspruchsebenen als das zu sehen, was sie sein muß: Ausdruck unterschiedlichen gesellschaftlichen Seins.“ Daraus ergibt sich, daß es keine Haupt- und Nebenwidersprüche in der Gesellschaft gibt, sondern verschiedene, nicht auseinander ableitbare Widerspruchsebenen. Daraus wiederum läßt sich folgern, daß und warum sich unterschiedliche Menschen eben entscheiden, an unterschiedlichen Schwerpunkten mit unterschiedlichen Interessen zu arbeiten. Daraus wiederum läßt sich folgern, daß es keinerlei wie immer geartete Ansprüche einer Parteiführung auf die Wahrheit ihrer Interpretationen der Wirklichkeit gibt.

Unter dieser Voraussetzung besteht der Sinn einer großen Partei wie der PDS nun darin, die Handlungsfähigkeit einzelner Menschen durch die gemeinsame Aktion und die gemeinsame Debatte so zu erhöhen, daß die emanzipatorischen Potentiale — aus welcher Richtung sie auch kommen mögen — gebündelt werden und sich gegenseitig unterstützen: „Erst die Zusammenarbeit führt zu einer umfassenden Emanzipation, die über das eigene Kampffeld hinausgeht“, schrieben wir 1991. Ein solches Verständnis kommt auch klar im Programm der PDS zum Ausdruck. Aber die Frage ist eben, ob dieser Anspruch auch gelebt wird.

Die Skepsis von undogmatischen SozialistInnen gegenüber der PDS, die in allen Stellungnahmen der Parteiführung bloß hingenommen wird, statt sie zu analysieren und durch Argumente zu widerlegen, wird solange Bestand haben, wie die PDS den Anschein erweckt, als sei ihr der von den bürgerlichen Medien und Parteien diktierte Begriff der „Politikfähigkeit“ wichtiger als die eigene Basis.

Doch nur aus einer gegenteiligen Entscheidung könnte die PDS sich die Initialzündung für eine politische Verankerung im Westen erarbeiten. Verankerung hieße dann: Anerkennung der PDS in der vielfältigen Kultur der Bürgerinitiativen. Anerkennung bei den Jugendlichen.

Die Orientierung auf wenige herausragende prominente Wessis ist schon lange gescheitert, spätestens mit der „Friedensliste“ 1984/85. Denn alle aktiven Linken stellen sich seit jeher die Frage, wo denn die Prominenten — nichts gegen Pfarrer Kelp und seine hervorragenden Predigten — bei der alltäglichen Kleinarbeit, dem Aufbau der Gruppen, der Flugblattverteilung und der Kommunalpolitik bleiben.

Provokante Frage am Schluß: Vielleicht benötigen wir zur Lösung dieser historischen Aufgabe die Entwicklung einer neuen Führungsschicht der Partei, die die unvollendeten Aufgaben fortzuführen in der Lage und auch willens ist??

Ralf Fischer war von 1984 bis 1990 Vorstandsmitglied der westdeutschen Partei Demokratische Sozialisten. Er ist heute Mitglied im Landesvorstand der PDS Nordrhein-Westfalen.

Kriegsziel bedingungslose Kapitulation

Millionen mußten sterben, weil Deutschland trotz sicherer Niederlage nicht kapitulierte

Warum? überschreibt das *Hamburger Abendblatt* am 22.2.95 einen Artikel über den Luftkrieg der Alliierten in den letzten Kriegsmonaten: „Der Krieg war längst entschieden. Doch mit unerbittlicher Härte bombardierten die Alliierten weiter und zerstörten selbst kleine deutsche Städte ohne jede militärische Bedeutung.“

Die das Kriegsende verarbeitende bürgerliche Propaganda hebt fast durchgängig ab auf das „Grauen des Krieges“, die „unschuldigen Opfer“ auf allen Seiten (so etwa die *Welt* am 13.2.), auf die „Sinnlosigkeit moderner Kriege“ (Herzog in Dresden), die da deutlich geworden sei. Die Kriegführung der Alliierten sei zuletzt von „blindem Haß“ (Baring in der *Welt* am Sonntag vom 12.2.) geleitet gewesen, die Kriegführung Hitlers und der Wehrmacht von irrsinnigem Fanatismus. Beide Deutungen verdecken die Triebkräfte des faschistischen Deutschlands ebenso wie der Anti-Hitler-Koalition. Scheinbar kritisch, entziehen sie in Wirklichkeit das allerdings fanatische Projekt einer nationalsozialistischen Neuordnung Europas unter deutscher Herrschaft und durch eine „deutsche Herrenrasse“ als treibendes Motiv der Kritik und diskreditieren sie die politischen Ideen, die große Menschenmassen in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition unter gewaltigen Opfern zum Kampf um die Befreiung der Welt vom Faschismus trieben.

Wenn es aber nicht Rachsucht war, warum dann trieb die Anti-Hitler-Koalition den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands? Und:

Wenn es nicht blinder Fanatismus war, warum dann führte das faschistische Deutsche Reich den Krieg, bis seine Städte zerstört und bis seine Wehrmacht zwischen der vormaligen Ostfront und der vormaligen Westfront zermalmte und gefangengenommen war?

Motive des deutschen Verzögerungskampfes

Die militärische Niederlage Deutschlands zeichnete sich spätestens 1943 deutlich ab. Im Osten hatte die Rote Armee die Gegenoffensive eingeleitet und mit der Vernichtung der sechsten Armee in Stalingrad (Kapitulation am 31.1.43) die erste entscheidende Wende herbeigeführt. Wenige Monate später, am 12. Mai, kapitulierte das deutsche Afrika-Korps, zwei Monate später führten die Alliierten von Nordafrika die Landung in Sizilien durch, die zum Sturz Mussolinis und im September zur Kapitulation Italiens führte. Ebenfalls im Mai trat mit dem faktischen Zusammenbruch des bis dahin für die Alliierten außerordentlich verlustreichen und gefährlichen deutschen U-Boot-Kriegs die Wende auf dem Atlantik ein. Trotz der totalen Kontrolle der Medien durch die NSDAP blieben diese Ereignisse und ihre Bedeutung in Deutschland nicht verborgen.

Es fragt sich, aus welcher Hoffnung die faschistisch geführte deutsche Gesellschaft ihren Durchhaltewillen speiste.

Aus der Perspektive des Rückblicks, aus der der militärische Zusammenbruch des Deutschen Reiches seit Sta-

lingrad als unabwendbar erkennbar ist, übersieht man leicht die tatsächliche militärische Lage. Trotz der Kette der Niederlagen verfügte Deutschland immer noch über gewaltige Kräfte zur Kriegführung, war die Wehrmacht zwar auf dem Rückzug, aber noch lange nicht geschlagen. Auch auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung hatten es die Faschisten an allen Grenzen mit einer Front zu tun, die zu halten war. Dazu hatten sie eine gewaltige Militärmaschine errichtet, die auf Raub und Sklavenarbeit basierte, auf der Vernichtung von Millionen KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen durch Arbeit für die deutsche Kriegswirtschaft, auf der Zwangsarbeit von Millionen Menschen aus und in den besetzten Gebieten. Die Niederlagen der Wehrmacht führten immer auch zu einer Verkürzung der Fronten. Zwar ging mit den Gebietsverlusten der Verlust strategischer Ressourcen einher, doch der schlug sich nicht so schnell auf die Fähigkeit zur Kriegführung nieder. Ferner verwüsteten die faschistischen Heere die Gebiete, die sie aufgeben mußten, und vernichteten in großem Maßstab Menschen und Produktionsmittel, so daß die befreiten Gebiete für die Befreier zum Teil erhebliche Versorgungsprobleme aufwarfen.

Das alles verzögerte die unabwendbare Niederwerfung Hitlerdeutschlands lange. In der Endphase des Krieges fand sich in den Kerngebieten des Reiches eine Militärmacht zusammengedrängt, wie die Welt sie noch nie erlebt hatte. Diese zur Niederlage verurteilten Kräfte waren gleichwohl bis zuletzt außerordentlich gefährlich, wie die Verlustlisten der Armee und Luftwaffe der USA (Tote und Verwundete) auf dem atlantischen Kriegsschauplatz beispielhaft beweisen:

Januar bis Juni 1943	20671
Juli bis Dezember 1943	39546
Januar bis Juni 1944	117903
Juli bis Dezember 1944	360486
Januar bis 8. Mai 1945	222360

Die Verluste der Roten Armee, die die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatte — 8 Mio. deutsche Soldaten waren 1944 an der Ostfront konzentriert —, waren noch um ein Vielfaches höher. Das Verbrechen der faschistischen Führung, nicht zu kapitulieren, als die Niederlage längst feststand, hat Millionen Soldaten der Anti-Hitler-Koalition das Leben gekostet.

Der deutsche Staat ließ sich von der Erfahrung leiten, daß eine Militärmacht, die nicht siegen kann, gleichwohl durch die Härte ihres Kampfes einen überlegenen Gegner zu Zugeständnissen bringen kann. Das politische Motiv, das die politische und militärische Führung zum harten Verzögerungskampf antrieb, ist historisch erwiesen: die Hoffnung auf das Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition. Seit 1942 und vor allem 1943 gab es, noch bis März 45, deutsche Versuche, über Schweden und den Vatikan zu Friedensverhandlungen mit den Westalliierten zu kommen.⁴

Von Beginn an war die faschistische deutsche Politik davon ausgegangen, daß die bürgerlichen Gesellschaften die Expansion des Deutschen Reiches in Richtung Osten hinnehmen würden, weil und soweit damit die Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion verbunden sein würde. Diese Spekulation hat die deutsche Kriegführung wesentlich mit bestimmt. Daß sie, obwohl sie nicht realisiert wurde, nicht völlig absurd war, wurde schon bald nach dem 8. Mai 1945 deutlich. Die Gefahr durch die

UdSSR nicht erkannt zu haben, schriei der frühere Wehrmachtgeneral Guderian 1950 an die amerikanische Autorin Anne Armstrong, „war der größte Fehler Roosevelts. Durch die Zerstörung Deutschlands war Europa des Dammerges gegen den Bolschewismus beraubt.“ (S. 158) Bis heute spielt in den geschichtsrevisionistischen Bestrebungen die Rechtfertigung des Krieges gegen die Sowjetunion die zentrale Rolle. Unter geänderten historischen Bedingungen soll damit dem Interesse an der Expansion der deutschen Wirtschaft, der deutschen Politik und der deutschen Kultur in die weiten Räume des europäischen Ostens neue Geltung verschafft werden, soll dies Interesse als quasi Erstgeburt des deutschen Wesens bekräftigt werden.

Motive der Anti-Hitler-Koalition

Nach dem Krieg mit Deutschland und unter dem Eindruck des Kalten Krieges gegen die SU gab es in den USA die Debatte, ob das Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands den Krieg nicht verlängert hat. Während des Krieges wurde dieses Ziel, das die Grundlage der Anti-Hitler-Koalition war, zu keinem Zeitpunkt in Zweifel gezogen. Es bestimmte die Kriegführung auch der Westalliierten. Churchill führte in einer Rede am 21.9.43 aus: „Nazityrannei und preußischer Militarismus sind jene beiden Hauptelemente des deutschen Lebens, die unbedingt ausgetilgt werden müssen. Sie müssen vernichtet werden, wenn Europa und der Welt ein dritter und noch schrecklicherer Konflikt erspart bleiben soll.“ Das bedeutete: keine Friedensverhandlungen, nicht mit der deutschen Regierung, auch nicht mit den Offizieren des 20. Juli, die nicht weniger auf die Bollwerkfunktion Deutschlands gegen den Osten spekulierten; Krieg bis zum Einzug in Berlin und zur völligen Besetzung Deutschlands; Verlust der Souveränität Deutschlands. Das Ziel der bedingungslosen Kapitulation bedeutete nicht, daß sich die Alliierten von den völkerrechtlichen Regelungen über die Behandlung von Besiegten zu lösen gedachten — dies ist auch nicht geschehen —, sondern daß Deutschland die Bedingungen für den Frieden diktieren sollte, daß es keinerlei Ansprüche, weder aus dem Status Quo noch aus Verhandlungen, geltend machen könnte. Damit Deutschland in die Zivilisation wiederingegliedert werden konnte, mußte der faschistische Staat beseitigt und so der Weg für die völlige Neugestaltung eröffnet werden. Darüber bestand während des Krieges jedenfalls eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Mächten der Anti-Hitler-Koalition.

Die faschistische Herrschaft hatte durch ihre Vernichtungspolitik im Innern und ihre Okkupations- und Einverleibungspolitik eine staatliche Identität geschaffen, die als Verhandlungspartner nicht anzuerkennen war. Es war für alle Kriegsgegner Hitlerdeutschlands unmöglich, etwa über die Geltung oder Abschaffung der Nürnberger Rassengesetze, über die Aufrechterhaltung oder Schließung der Konzentrationslager oder die Zukunft des „Protektorats Böhmen und Mähren“ zu verhandeln. Jede andere Lösung als die bedingungslose Kapitulation hätte bis

Fortsetzung nächste Seite oben

Moment mal... GNN

Neuerscheinungen:

„Rückkehr unerwünscht“ *Schul- und das ewig gesunde Volksempfinden*
Maxi Wartelsteiner schrieb die Geschichte eines 80jährigen, der als einer der wenigen mit dem rosa Winkel die Gaskammern der Konzentrationslager überlebte, der sich bis heute tarnt und mitten unter uns lebt.
ISBN 3-929994-29-1, 176 S., 19,80 DM

„Der Preis der Wende“ *Ein Poesiealbum von Heinz Kamnitzer*
Heinz Kamnitzer, bis 1989 Präsident des PEN-Zentrums DDR, skizziert mit seinen Gedichten die Zeit seit der Wende.
ISBN 3-929994-35-6, ca. 240 S., 19,80 DM

„Der Weg zum Rio Grande“ *Ein biographischer Bericht über Tamara Bunke*
Das Buch von Eberhard Panitz über die junge Revolutionärin, die an der Seite Che Guevaras in Bolivien kämpfte, neu herausgegeben. Mit einem neuen kubanischen Bericht über die letzten Tage Che Guevaras.
ISBN 3-929994-38-0, ca. 176 S., 19,80 DM

„Der Mann von Idea“ *Berlin 33 Jahre nach der Klimakatastrophe*
Karl-Heinz Tuschel, in der DDR ein bekannter Name auf dem Gebiet der wissenschaftlich-phantastischen Literatur, beschreibt in seinem neuen Buch das Leben nach der vom Menschen selbst verursachten Klimakatastrophe.
ISBN 3-929994-36-4, ca. 240 S., 19,80 DM

„Dreißig Jahre Pfarrer in der DDR“ *Eine DDR-Geschichte*
Hans-Dieter Hertrampf, der an der Leipziger Karl-Marx-Universität Theologie studierte, über seine Erlebnisse als Pfarrer in mehreren Landgemeinden.
ISBN 3-929994-37-2, ca. 176 S., 19,80 DM

Alle genannten Bücher erscheinen im Mai und Juni 1995, bei Bestellungen bis zum 15. Mai 1995 direkt an den Verlag sind sie zum Subskriptionspreis von 16,00 DM + Versandpauschale (2,50 bei einem Buch) erhältlich.

Bestellungen bei:

GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
Telefon: (03 42 04) 6 57 11, Fax: (03 42 04) 6 58 93

Fortsetzung von Seite 14:
Kriegsziel bedingungslose Kapitulation

zu einem gewissen Grade die Anerkennung der faschistischen Verbrechen bedeutet.

Außerdem: Jede Art von Kapitulationsverhandlungen hätte durch einen Waffenstillstand eingeleitet werden müssen. Auch wenn die Vernichtungsverbrechen des Faschismus den Alliierten noch nicht in ihrem furchtbaren Umfang bekannt waren, so wußten sie doch genug, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Faschisten jede Atempause benutzen würden, um die noch überlebenden Zeugen ihrer Verbrechen und ihre noch überlebenden Gegner in letzter Minute abzuschlachten. Daß die faschistische Vernichtungsmaschine bis in die letzten Kriegstage schlimmer wütete denn je, ist bekannt. Was erst wäre passiert, hätten die Faschisten durch einen Waffenstillstand eine Atempause zum Morden erhalten.

An der Berechtigung des Kriegsziels der bedingungslosen Kapitulation kann unter keinem Gesichtspunkt gezweifelt werden. Wir wollen in einem nächsten Artikel die durch dieses Kriegsziel bestimmte Kriegführung der Westalliierten untersuchen.

— (maf, scc)

Quellen:

(1) „1939 betrug die Gesamtstärke aller Wehrmachtteile 3085000 Mann, 1943 9480000 Mann“, J. Dülffer, Vom Bündnispartner zum Erfüllungsgehilfen im totalen Krieg, in: W. Michalka (Hrsg.) Der Zweite Weltkrieg, S. 287.

(2) Allein aus der UdSSR wurden bis zum 30.6.44 2,8 Millionen als „Ostarbeiter“ ins Reich verschleppt; in den besetzten sowjetischen Gebieten selbst waren 22 Mio. zur Arbeit für die deutsche Kriegsmaschine gezwungen; dazu Rolf-Dieter Müller, Die Zwangsrekrutierung von „Ostarbeitern“ 1941-44, in: Michalka, ebenda.

(3) Angaben aus: Anne Armstrong, Bedingungslose Kapitulation, S. 177.

(4) S. A. Armstrong, ebenda, S. 111 ff.

Weitere Quellen: H. Boog u. a., Die Welt im Krieg 1941-1943; K. R. Greenfield, Die acht Hauptentscheidungen der amerikanischen Strategie im Zweiten Weltkrieg, in: A. Hillgruber (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges



Am 25. April 1945 trafen sich sowjetische und amerikanische Truppen an der Brücke nahe Torgau an der Elbe.



Die Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, von links: Stumpff (Luftwaffe), Keltel (Heer) und v. Friedeburg (Marine), in Berlin, wo sie am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation vor den Vertretern der Sowjetunion, Englands und der USA unterzeichnen mußten.

TERMINE

9.4.: Internationale Manifestation der Häftlingsverbände im Konzentrationslager Buchenwald, ab 14.30 Uhr. Fahrgelegenheiten über örtliche Gruppen erfragen.

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bürgerschaftswahlen in Bremen

26.5.-28.5.: 5. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, Darmstadt. Rückfragen an: Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/251505

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

13.10.: Arbeitskreis Politische Berichte, Köln

13.10.-14.10.: Herbsttagung der BWK-Bundeskongress, Köln

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
 — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.

Name:

☐ Im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

.....
 (Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse



Nach ihrer Befreiung machten die Einwohner der von den Truppen des faschistischen Deutschland besetzten Gebiete der Sowjetunion — wie hier in Kertsch — grauenhafte Funde: oft noch in letzter Minute ermordete Angehörige. (Bildokument aus: „Der zweite Weltkrieg. Eine Chronik in Bildern“, Heinz Bergschicker, Pahl-Rugenstein-Verlag)

Vernichtungskrieg — Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944

Eine Ausstellung des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

So heißt eine Ausstellung, die in der Halle k3 der Kampnagelfabrik vom 5.3. bis 15.4. zu sehen ist. Im Gegensatz zur vorangegangenen Ausstellung „200 Tage und ein Jahrhundert“ ist in dieser Ausstellung Gewalt kein anonymes Phänomen; sie wird vielmehr festgemacht an einer bestimmten Organisation, der Wehrmacht, die der Koordinator der Ausstellung, Hannes Heer, als „verbrecherische Organisation“ bezeichnet, und an Personen wie dem General Franz Böhme, der — wie unzählige andere — zuvor erdachte Vernichtungskonzepte realisierte.

Ein weiterer möglicher Einwand könnte sein, die Aussagen, die in der Ausstellung vermittelt werden, seien nicht neu: Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den Ergebnissen einer kritischen Geschichtswissenschaft, die durchaus existiert (hat), und denen einer Verschleierrtaktik, die seit 1945 von Vertretern der ehemaligen Wehrmacht betrieben wurde und die zu dem Mythos von der angeblichen „sauberen Wehrmacht“ führte. Die Verschleierrtaktik setzte aber schon während des Krieges ein; sie wird von den Initiatoren der Ausstellung als „Verwischen der Spuren — Vernichtung der Erinnerung“ bezeichnet. Die Mittel, mit denen sie durchgesetzt wurde, waren u.a. Fotografierverbot (1941 von Himmler erlassen, aber nicht wirklich durchgesetzt), Mitteilung wichtiger Befehle (z.B. zur Judenvernichtung) nur in mündlicher Form. Die meisten der gezeigten Fotos sind im Krieg gefallen oder kriegsgefangenen Soldaten von den Alliierten (u.a. der Sowjetarmee) abgenommen worden.

Die Ausstellung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Mythen zu zerstören, und dazu drei Beispiele ausgewählt: den Partisanenkrieg in Serbien, die Besetzung Weißrusslands und die Verbrechen der 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad.

In Serbien wurde das Ziel, die Infrastruktur der Partisanenarmee durch

Terror gegen die Zivilbevölkerung zu schwächen, von der Wehrmacht unter dem Kommando des oben erwähnten Franz Böhme verbunden mit dem NS-Programm der „Endlösung der Judenfrage“. In sogenannten „Sühnemaßnahmen“ sollten für jeden getöteten Wehrmachtsangehörigen 100 serbische Zivilisten exekutiert werden. Um stets genügend Geiseln zur Verfügung zu haben, wurde ein KZ eingerichtet, das als „Reservoir“ diente. Wie routiniert die Vernichtung betrieben wurde, zeigt ein Formblatt (!) für Geiselerziehungen.

Weißrussland dient als weiteres Beispiel, um Verbrechen der Wehrmacht zu dokumentieren, unter anderem, weil es

diese wurden aber häufig zu dem Zeitpunkt, als Himmler zum Beauftragten für die Partisanenbekämpfung eingesetzt wurde. Nun war nicht mehr von „Partisanen“, sondern nur noch von „Banden“ die Rede. Der kürzlich (wegen Verjährung) vom BGH freigesprochene Lehnig-Emden wendete 1943 in Italien nur an, was er im Osten gelernt hatte.

Den sowjetischen Kriegsgefangenen wurde von vornherein, da sie zu Unterstützern einer verbrecherischen Weltanschauung gestempelt wurden, der Kombattantenstatus verweigert. Daraus ergab sich schon im Vorwege ihr millionenfaches Schicksal der Vernichtung.

Es kann keine Rede davon sein, die Wehrmacht sei von der riesigen Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen überrascht worden; vielmehr waren Hunger (nur halbe Rationen), Kälte (es sollten keine Quartiere errichtet werden, wenn nicht schon welche vorhanden waren), politi-

sche („Kommissarbefehl“) und rassistische Verfolgung (im Dezember 1941 wurde der „Kommissarbefehl“ auf „Asiaten“ ausgeweitet) von vornherein geplant.

In der letzten Abteilung zeigt sich, wie schon in den Bereichen „Serbien“ und „Weißrussland“, daß es nicht genügt, von einer „Verstrickung“ der Wehrmacht in die NS-Verbrechen zu reden. Die 6. Armee, gern als „Opfer Hitlers“ bezeichnet, beteiligte sich an Maßnahmen der Judenvernichtung und Ausrottung der Zivilbevölkerung auf ihrem Weg nach Stalingrad.

Was sich in einer Besprechung dieser Ausstellung nur schwer wiedergeben

läßt, ist die Intensität der Bemühungen der Initiatoren, ihre Ergebnisse unangreifbar zu präsentieren. Dazu gehört z.B., daß zur Auswertung der Fotos ein Uniformspezialist hinzugezogen wurde und daß bei Erläuterungen von Fotos streng darauf geachtet wurde, ob nur die Wehrmacht oder auch z.B. SS oder Einsatzgruppen dargestellt worden sind. Diese Akribie hat sich auch nachträglich als notwendig erwiesen. Denn selbst subjektiv wehrmachtskritische Kommentatoren wie der 84jährige ehemalige WDR-Intendant und früherer Wehrmachtschef Klaus von Bismarck (vgl. FR vom 9.3.95) wehrten sich dagegen zu akzeptieren, daß die Wehrmacht insgesamt als „verbrecherische Organisation“ angesehen werden muß. Einschränkung bemerkte Hannes Heer jedoch gegenüber älteren Besuchern, das bedeute aber nicht, daß jeder Wehrmachtsangehörige ein Verbrecher war. — (Lz, aus: Lokalberichte Hamburg)

Ort und Termine der Ausstellung:
Hamburg, Kampnagelfabrik, Halle K3, Jarrestr. 20-24
5. März bis 15. April 1995
Potsdam, Kulturhaus, Am Alten Markt
25. Juni bis 30. Juli 1995

Literaturempfehlungen:
Hannes Heer und Klaus Naumann (Hrsg.): *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*. Hamburg 1995

Hannes Heer (Hrsg.): *Stets zu erschließen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen*, Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995

Walter Manoschek: *Serbien ist judenfrei*, Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993

Walter Manoschek (Hrsg.): *Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung*, Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen, Hamburg 1995

Christian Streit: *Keine Kameraden*, Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991

„Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland.“

1. Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzen den Weltanschauung und ihren Träger gilt Deutschlands Kampf.

2. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes. (...)